Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monat. 180 Mk. einschl. Zustellungsgeb., fällt. 5. Vorzeig. der Quittung: Abweisung ist nur statthaft bei Aufsage des Bezugs im Vormonat. — Postbezug monat. u. vierteljährl. — Einzelnummer bei einem Umfang von 4 Seiten 6 Mk., 6 Seiten 8 Mk. u. 8 Seiten 10 Mk.

Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 6,00 Mk., im Reklameteil 27,00 Mk., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V., Kreis Mitteldeutschland.

Mit der wöchentlichen Beilage „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 259. Freitag den 3. November 1922 49. Jahrg.

Die „Rettung" der Mark.

Eine Rede des Kanzlers vor den Sachverständigen. — Die ausländische Goldanleihe. — Die Festlegung der deutschen Vorschläge.

Am Donnerstag vormittag erschienen die von der Reichsregierung geladenen internationalen Sachverständigen beim Reichskanzler. Es handelt sich um den holländischen Bankpräsidenten Vissering, den schweizerischen Finanzmann Dubois (nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen ehemaligen französischen Vorsitzenden der Reparationskommission), den englischen Bankier Brand, den Amerikaner Jenks, und schließlich um die beiden in Deutschland schon längst bekannten Nationalökonomen Keynes, Hauptschriftleiter des „Manchester Guardian" und Gustav Cassel.

Der Reichskanzler hielt eine Ansprache,

in der er den Herren dankte, daß sie vollzählig der Einladung gefolgt seien, und in der er über die Stabilisierung der Mark sprach. Er stellte fest, daß diese Stabilisierung von der Balancierung des Budgets und der gesamten deutschen Zahlungsbilanz abhänge, daß aber diese beiden Voraussetzungen selbst wieder von irgendeiner Stabilisierung der Mark abhingen; man müsse diesen Kreislauf von Ursache und Wirkung durchhauen und die Mark zunächst provisorisch auf irgend eine Basis festlegen, da ein weiteres Sinken die deutsche Wirtschaft endgültig ruinieren müsse. Dr. Wirth wies in diesem Zusammenhang auf ein der Konferenz von Genua vorgelegtes Gutachten von Sachverständigen hin, die sowohl eine Abbürdung der äußeren Schuldenlast Deutschlands wie eine Hilfe durch äußere Anleihen zur Voraussetzung einer Währungsstabilisierung machten und hinzufügten, daß, wenn eine solche Stabilisierung unterbleibe, notwendigerweise die Märkte der anderen Länder gestört werden müßten. Er ersuchte die Sachverständigen um ein Gutachten, das auf folgende Fragen zu antworten hätte: 1. Ist unter den gegenwärtigen Umständen eine Stabilisierung der Mark möglich? 2. Wenn nein: Welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, um eine Stabilisierung zu ermöglichen? 3. Welche Maßnahmen müssen zur Stabilisierung getroffen werden, sobald die in Punkt 2 gefragten Voraussetzungen vorliegen?

Eine erschöpfende Antwort auf diese drei Fragen muß tatsächlich das Problem an der Wurzel packen. Insbesondere die Antwort auf Punkt 2 wird die Reparation und die Aktivierung der deutschen Zahlungsbilanz, also die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen der Markstabilisierung berühren; die Antwort auf Punkt 3 würde die praktischen finanziellen Folgen für Deutschland enthalten müssen, während die Antwort auf Punkt 1 notwendigerweise eine Kritik der bisher vorgelegten Programme und ihre Abmessung an der Wirklichkeit enthalten würde.

Insofern wird das Gutachten der doch jedenfalls unvoreingenommenen ausländischen Sachverständigen eine wertvolle Grundlage für die weiteren Verhandlungen mit der Reparationskommission ergeben, bei der die Frage einer Deutschland zu gewährenden ausländischen Goldanleihe eine Rolle zu spielen beginnt. Der Reichsfinanzminister Hermes hat in einer Sitzung mit der Reparationskommission am Mittwoch die Frage dieser Goldanleihe angeschnitten, und es ist wahrscheinlich, daß eine Antwort Barthous heute (Freitag) erfolgt. Ob die Information, die Franzosen hätten den Plan der sofortigen Einführung der Zinangkontrolle gegenüber der Anleihe zurückgestellt, richtig ist, läßt sich nicht entscheiden.

Ohne Zweifel hat sowohl die Rede des Reichskanzlers an die Sachverständigen wie auch die des Reichsfinanzministers an die Reparationskommission dazu beigetragen, vor einer überstürzten und rein fiskalischen Markstabilisierung, die zunächst dem Rentnergeist des Vorschlages Barthous entsprochen hätte, zu warnen. Der Reichskanzler hielt die Mitte zwischen der wirtschaftspolitischen und der rein finanziellen Auffassung des Markproblems, und sein Gedanke einer vorläufigen Markstabilisierung verdient festgehalten zu werden. Er kommt den Ausführungen entgegen, die die deutschen Gewerkschaften aller Richtungen in einer Denkschrift dem Reichskanzler überreicht haben. Es ist zu betonen, daß diese Denkschrift von sämtlichen Gewerkschaften aller Richtungen, nicht etwa nur der sozialistischen, unterzeichnet ist. Sie geht vom rein Finanziellen aus und fordert eine Stabilisierung der Mark, zu der die Devisenverordnung nur der erste Schritt gewesen sei. Sie läßt die Frage der Heranziehung der Reichsbankgoldreserve offen, ebenso die einer Sachwertsteuer oder einer Solidarhaft der deutschen Erwerbsstände. Die Denkschrift schließt nach einer Kritik der mangelnden Steuereinziehung bei den besitzenden Klassen mit der Forderung einer Auslandsanleihe.

Auch in dieser Denkschrift ist schon ein Kompromiß zwischen der wirtschaftlichen und finanziellen Auffassung des Problems zu bemerken; auf diesem Wege müssen wir weiter kommen, wenn sowohl die Reparationskommission seine Ausichten erkennt als auch die deutsche Arbeiterschaft jene Unruft verliert, die nach dem Wortlaut der Gewerkschaftsdenkschrift den

berechtigten Ruf nach Produktionssteigerung

verhallen läßt. Dieses Wort „berechtigt" wollen wir uns merken, denn es bedeutet die Möglichkeit eines produktiven Wirtschaftsfriedens.

Der Plan einer ausländischen Goldanleihe.

Berlin, 3. Nov. (Priv.-Telegr.) Das Programm der deutschen Regierung ist in vorbereitenden Beratungen der an dem Reparationsproblem interessierten Ressorts in großen Umrissen bereits festgelegt worden. Eine Beratung, die morgen vormittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers stattfindet, wird den Vorschlägen unter Berücksichtigung der bisherigen Verhandlungen mit der Repko ihre endgültige Form geben.

Nach dem B. Z. haben die ausländischen Sachverständigen, soweit ihre Ansichten bisher zur Kenntnis der amtlichen deutschen Stellen gelangt sind, der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß einzig und allein eine

Goldanleihe im Auslande

eine Stützung der deutschen Währung herbeiführen könnte. Wie das Blatt hört, haben sich in den letzten Tagen hierfür ganz bestimmte Ansichten eröffnet. Bisher kann nur soviel gesagt werden, daß die Möglichkeit besteht, durch Vermittlung eines sich über verschiedene Staaten erstreckenden Konsortiums eine solche Anleihe zu erhalten. Reichsfinanzminister Dr. Hermes wird die deutschen Vorschläge der Repko heute nachmittag in Form einer ausführlichen Denkschrift vorlegen. Diese Denkschrift wird neben den positiven Vorschlägen zur Frage der Markstabilisierung auch eine ausführliche Darstellung der Entwicklung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands enthalten.

Die Fixierung der deutschen Vorschläge.

Berlin, 3. Nov. (WTB.) Die Reparationskommission und der Reichsfinanzminister Hermes, der von mehreren Staatssekretären unterstützt wurde, haben drei Besprechungen abgehalten, in deren Verlauf die Vertreter der deutschen Regierung die den Haushalt für 1922 und 1923 betr. Fragen sowie die Frage der Stabilisierung der Mark und der schwebenden Schuld dargelegt haben. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde — unter Zurückstellung einer gewissen Anzahl von Fragen zur späteren Erörterung — vereinbart, daß Herr Hermes in der Nachmittagssitzung vom 3. November eine schriftliche Darlegung der von der Reichsregierung vorgesehenen Lösungen vorlegen werde. Die weitere Erörterung wird auf der Grundlage dieser offiziellen Erörterung geführt werden.

Weiterer Mark- und Frankensturz! Dollar 6050!

Berlin, 3. Nov. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Der Dollar, der heute vor Beginn der Börse mit 5900 genannt wurde, überschritt um 10 Uhr die 6000-Grenze und wurde um 11 Uhr mit 6050 notiert. Der Sturz der Mark hat noch immer dieselben Ursachen wie in den letzten Tagen. Keiner der Devisenbesitzer kann sich zu Angaben entschließen und die Nachfrage der Industrie nach Devisen fällt natürlich schwer ins Gewicht. Von London wird der neue katastrophale Sturz der Mark gemeldet mit dem Zusatz, daß sich

der französische Franken dem Sturze der Mark angeschlossen hat.

(Es muß hervorgehoben werden, daß dieser Marksturz erfolgt, ohne daß irgend etwas über die Berliner Verhandlungen entschieden ist, und daß die Börsenleute ihre Käufe und Verkäufe selbstverständlich ohne jede politische Rücksicht vornehmen. Was bedeutet schließlich bei diesem Währungsstande eine Anleihe von einer halben Goldmilliarde! Die Kopflosigkeit auf dem Geldmarkte ist derart, daß eine Änderung der politischen Gesamtrichtung wie der Beibehaltung gleich pessimistisch beurteilt werden wird.)

Deutschland fordert eine Halbmilliarden-Anleihe.

Berlin, 3. Nov. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der Reparationskommission stehen jetzt vor einem neuen Abschnitt. Die Zeit von gestern abend und heute vormittag wurde zu einer schriftlichen Ausarbeitung der deutschen Vorschläge benützt, die heute nachmittag durch den Reichsfinanzminister Dr. Hermes überreicht werden sollen. Heute vormittag fand noch einmal eine Besprechung der verschiedenen Ressorts über die Beschlüsse statt. Im Mittelpunkt der deutschen Vorschläge soll eine Anleihe zur Stabilisierung der deutschen Mark stehen. Die Repko soll ersucht werden, die Auflegung einer solchen Anleihe mit internationalen Geldern zu erlauben und zu ermöglichen. Der Umfang der Anleihe wird mit 500 Millionen Mark genannt.

Mussolinis Programm.

Rom, 2. Nov. (Priv.-Telegr.) Im Ministerrat stellte Mussolini fest, daß nach den letzten Telegrammen die Lage in den Provinzen wieder normal sei. Mussolini berührte u. a. die bevorstehenden Konferenzen in Lausanne und Brüssel und schlug dann eine Verlängerung des Budgetprovisoriums bis zum 30. Juni nächsten Jahres und eine Reihe weiterer Reformen vor. Vor allem sei die Abschaffung gewisser unnützer Ministerien und Verwaltungsbehörden nötig, ferner die Überleitung der mit Defizit arbeitenden öffentlichen Betriebe, wie der Staatsbahnen, zur Privatindustrie (!) und endlich eine Vollmacht für die Regierung, um die allgemeine Verwaltung neu zu regeln. Auch eine Reform der Auswanderungsbestimmungen sei geboten.

Der neue italienische Botschafter für Berlin.

Rom, 3. Nov. Agenzia Stefani erfährt, daß der frühere Botschafter Baron Dazzezzano zum Nachfolger des zurückgetretenen Botschafters in Berlin ernannt worden ist.

Reichstagsbeginn Mitte November.

Berlin, 3. Nov. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Der Ältestenrat des Reichstages trat heute vormittag zusammen und beschloß den Termin des Wiederzusammentritts des Reichstages auf den 15. oder 14. des Monats zu verschieben. Der genaue Termin soll durch den Reichstagspräsidenten festgesetzt werden.

König Konstantin vor Gericht!

Athen, 3. Nov. (WTB.) Der frühere König Konstantin soll ersucht werden, vor dem Untersuchungsausschuß zu erscheinen, widrigenfalls er vom Kriegsgericht in Abwesenheit abgeurteilt werden soll. Der Prozeß gegen den Angeklagten soll im Laufe der nächsten Woche beginnen.

Die Neuwahlen zur griechischen Kammer sind auf den 20. Dezember festgesetzt. Der frühere Ministerpräsident Kalogeropulos ist wieder in Freiheit gesetzt worden.

„Die Revolution neuen Stils".

Die letzten Nachrichten aus Italien sprachen von einer gewissen Beruhigung des Landes. Man hat sich dazu entschlossen, die Börsen wieder zu eröffnen und in Kreisen der Industrie und des Handels sieht man das als gutes Zeichen an. Andererseits werden aber auch immer noch Ausschreitungen gemeldet, bei denen es an manchen Orten Tote und Verwundete gab. Zweifellos ist aber Mussolini, der jetzt die Geschicke des italienischen Volkes leitet, bemüht, Ruhe und Ordnung so schnell wie möglich wiederherzustellen. Der Befehl zur Demobilmachung ist erteilt, der Abtransport der Faszisten aus Rom hat begonnen und in allen Aufrufen wird immer wieder betont, daß es oberste Pflicht der Fazisten sei, die Disziplin zu wahren. Die nächsten Tage werden nun zeigen müssen, ob die Geister, die man rief, sich nun ohne weiteres den Anordnungen der faszistischen Regierung fügen werden, oder ob sich auch hier wieder der alte Satz bewahrheiten wird, daß es leichter ist Bewaffnete aufzubringen, als sie wieder nach Hause zu schicken.

Zunächst zeigt sich jedenfalls Mussolini von „seiner" Revolution befriedigt. Einem Pressevertreter gegenüber erklärte er, indem er darauf hinwies, daß bei dieser Umwälzung die Betriebe nirgend eingestellt wurden, der Verkehr seinen Fortgang nahm, daß dies die „Revolution neuen Stils" sei, und in demselben Sinne spricht ein faszistischer Aufruf davon, daß die schönste Revolution, die ein Volk vollbringen kann, durchgeführt sei. Die Besitzergreifung der Macht ist allerdings den Faszisten leicht gemacht worden, sie haben mühelos eine reife Frucht gepflückt, und jetzt erst am Steuer des Staates wird der Faszismus seine Daseinsberechtigung beweisen müssen, **wird er zu zeigen haben, ob er fähig ist zu regieren.**

Mussolini, der an der Spitze der ganzen Bewegung steht, versteht sich zweifellos auf die Behandlung der Massen, ob er auch Staatsmann ist, muß sich in Kürze zeigen. Er selbst hat mancherlei Wandlungen durchgemacht. Aus einer armen Arbeiterfamilie stammend war er zunächst Mitglied der sozialistischen Partei und mußte einige Jahre im Exil in der Schweiz leben. Nach seiner Rückkehr nach Italien brachte es Mussolini bald zum Chefredakteur des sozialistischen „Avanti" in Mailand und wurde einer der angesehensten Führer des radikalen Sozialismus. Als der Weltkrieg ausbrach, erklärte Mussolini, die Internationale sei erloschen und es sei Pflicht des Sozialismus, sich zum nationalen Gedanken zu bekehren. Er selbst zog jedenfalls diese Konsequenz und entfaltete eine heftige Kriegspropaganda, wobei ihm das inzwischen von ihm gegründete Blatt „Popolo d'Italia" gute Dienste leistete. Im Krieg wurde er schwer verwundet, nach seiner Genesung setzte er seine nationalistische Propaganda mit erneutem Eifer fort. Als dann nach Friedensschluß auch für Italien eine bolschewistische Gefahr entstand, als die Besetzung der Fabriken das Wirtschaftsleben bedrohte, begann Mussolini die ersten Gruppen faszistischer Kriegsteilnehmer zu gründen. Aus alten Kriegskameraden, Studenten und anderen bürgerlichen Kreisen bildeten sich die ersten Stoßtruppes, die vor allem auch Anschluß an die bereits von d'Annunzio für die Rettung Fiumes zusammengebrachten Legionäre fanden. Man wählte den Namen „fascio" als Bündel, fest zusammenhaltender Verband, zugleich mit Hinweis auf die Rutenbündel — fasces — die den alten römischen Beamten als Symbol ihrer Macht vorangetragen wurden, wie man denn überhaupt gern die Tradition der alten Römerzeit aufnimmt. Die Bewegung gewann sehr schnell an Ausdehnung, wozu nicht unwesentlich beigetragen haben mag, daß auch mächtige und einflußreiche Finanz- und Handelskreise ihr Unterstützung zuteil werden ließen. Wie stark die Anhängerschaft ist, geht schon daraus hervor, daß man die Zahl der jetzt aufgestellten Bewaffneten auf eine Million schätzt.

Der Sieg ist also errungen und die Arbeit als Regierungspartei beginnt. So läßt sich heute auch noch nicht mit Bestimmtheit sagen, wie sich dieser Umschwung in Italien auswirken wird. Die neuen Herren haben betont, daß sie die **Staatsfinanzen in Ordnung bringen** wollen, ohne jedoch bisher ihr Rezept hierfür zu verraten. Die Ausschreibung neuer Steuern dürfte dem Faszismus nicht gerade neue Anhänger zuführen. Daneben taucht das große Problem auf, was nun aus der faszistischen Miliz werden soll. Das Bedenkliche solcher Truppen wird den neuen Herrschern sehr bald klar werden. Mussolini soll beabsichtigen, die faszistischen Organisationen in Turnvereine umzuwandeln nach dem Vorbild der polnischen Sokolvereine. Aber der „Corriere della Sera" meint mit Recht, daß dadurch ihre politischen Interessen und ihre politische Aktionsmöglichkeit bei späteren Krisen nicht geändert werde. Mehr noch als auf die Gestaltung der inneren Politik ist man auf den **Kurs in der äußeren Politik** gespannt, zumal Lausanne und Brüssel vor der Tür stehen. Man darf dabei daran erinnern, daß Mussolini seinerzeit den Einmarsch Italiens in Österreich wollte, auch wenn das zum Konflikt mit Jugoslawien führen sollte, wie man sich denn überhaupt klar darüber sein muß, daß ein nationales Programm, wie es die Faszisten haben, sehr leicht mit anderen Nationalisten kollidiert. Vielfach rechnet man denn ja auch heute schon auf einen bewaffneten Konflikt mit Jugoslawien. Aber all das bleibt vorläufig höchst ungewiß. Es ist schon dafür gesorgt, daß auch die faszistischen Bäume nicht in den Himmel wachsen. Erst kurz vor dem Sturz der alten Regierung hat der Finanzminister auf die schlechte finanzielle Lage Italiens hingewiesen und von der zunehmenden Entwertung der italienischen Valuta gesprochen. Dazu kommt, daß die eigene Ernte schlecht gewesen ist, so daß man, da die übersee-Einkäufe unerschwinglich sind, wieder zur Einführung des Kriegsbrots übergegangen ist. Das sind gewiß keine Verhältnisse, die einen Krieg besonders verlockend erscheinen lassen. So werden auch die neuen Herren wohl oder übel Wasser in ihren Wein gießen müssen. Ob solche Verwässerung des Programms von den Anhängern im Lande ruhig hingenommen wird, muß die Zeit lehren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319221103-15/fragment/page=0001

Ein Aufruf Mussolinis.

Das oberste Faszistenkommando hat einen neuen Aufruf erlassen, der im „Popolo d'Italia" veröffentlicht wird und besagt, daß jetzt, nachdem der Faszismus zu einer gesetzlichen Macht geworden sei, mehr als je Ordnung und Disziplin nötig sind. Aus dem Aufruf geht aber auch hervor, daß noch nicht alles so ruhig und so glatt sich entwickelt, wie es den Anschein hat. Der Aufruf erklärt ausdrücklich, daß die faszistische Armee bestehen bleibt und warnt vor Gerüchten, die durch Spitzel verbreitet werden. Der Aufruf sagt im einzelnen:

„Die unerschütterliche Disziplin ist der schönste und beste Besitz des Faszismus, nur durch strenge Beachtung der Befehle können die erhabenen Ziele des Faszismus zum Besten des Landes verwirklicht werden. Die faszistische Miliz, die im Namen des Vaterlandes geübet wurde, stützt ihre Geschlossenheit auf moralische Faktoren. Jede unüberlegte Handlung und jede Disziplinlosigkeit sowie jede Handlung erregen den Befehle der Führer ist ein schweres Verbrechen und wird sofort bestraft.

Die Faszisten sollen sich hüten, durch gewissenlose Leute verbreiteten Gerüchten Gehör zu schenken, die von Ungriffen auf die Schwarzhemden in den Arbeitervierteln Roms zu berichten wissen. Ganz Rom ist mit uns für uns. Doch haben die Faszisten die Pflicht, die begeisterte Aufnahme durch die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung mit einer Haltung zu erwidern, die von der pflichttreuen Haltung der Truppen nicht absteht. Jetzt bilden die Faszisten und die Armee nur noch eine Einheit, die in der Liebe zum Volk und zum König zusammengehalten wird. Wir haben die schönste Revolution, die ein Volk vollbringen kann, durchgeführt. Jetzt soll in jedem Gemeinderat eine Blume geflochten werden, und dieses Symbol soll der Ausdruck des Willens der Faszisten zur Verschmung der Geister sein.

Die Feinde Italiens haben jetzt verstanden, daß die Faszisten unbesiegbare Kräfte in sich bergen, die der Kraft unseres Volkes selbst entstammen. Die faszistische Miliz bleibt auf den Ruf ihrer Führer immer bereit, falls sich die Notwendigkeit zu weiteren Aktionen ergeben sollte. Jetzt muß aber an Stelle der unvermeidbaren Erregung der Gemüter Ruhe und Besonnenheit treten. Jetzt darf kein Ungehorsam mehr dem unbeugsamen Willen und der eisernen Disziplin der Faszisten schaden."

Man kann in diesem Aufruf mancherlei zwischen den Zeilen lesen. Faszismus heißt Fanatisierung. Trotzend eine Richtung muß der aufgeschichtete Haß erhalten. Nun Mussolini am Ziel ist, wie will er die neue gefühlsmäßige Bewegung zu realpolitischer Gesinnung lenken?

Endlich Einschränkung der Militärkontrolle?

Die Bestrebungen, den umfangreichen Apparat der Interalliierten Militärkommission, die mit ihren über ganz Deutschland verzweigten Unterkommissionen die Durchführung der deutschen Abrüstung überwacht hat, zu verringern, haben lange Zeit zu keinem Ergebnis geführt. Die Kontrolle der Kommission über die deutsche Industrie ist mit der Umstellung aller früheren Rüstungsfabriken auf Friedensbedarf mehr und mehr überflüssig geworden; was noch an Waffenvorräten in Deutschland vorhanden war, ist heute wohl restlos gerstört und verschrottet, und trotzdem hat die Kommission an Zahl der Mitglieder nur noch zugenommen, und selbstverständlich auch an finanziellen Ansprüchen, für die der deutsche Steuerzahler aufkommen mußte. In bestimmten Abständen sind in der deutschen Presse die ungeheuren Gehaltszahlen bekanntgegeben worden, die die Angehörigen der Kontrollkommission beanspruchen, und nach denen selbst ein gemeiner Soldat im Dienste der Kommission das Mehrfache der höchsten deutschen Ministergehälter bezieht. Man scheint endlich auf der Gegenseite sich die Bereitschaft einzustellen, den umfänglichen und kostspieligen Apparat abzubauen und ihn durch ein Militärkontrollkomitee von wesentlich geringerem Umfang zu ersetzen. Die Reichsregierung ist durch eine Note der alliierten Regierungen eingeladen worden, auf dem Verhandlungswege über diesen Abbau der Militärkontrollkommission mit zu beraten, und sie hat dazu selbstverständlich ihre Bereitschaft erklärt. Es scheint auch, daß in finanzieller Hinsicht bei den Alliierten die Neigung zu einer Entlastung Deutschlands besteht, denn es wird mitgeteilt, daß die Kosten der verkleinerten Kommission in der Hauptsache durch die Alliierten aufgebracht werden sollen. Man ist wohl bisher nicht fehlgegangen in der Annahme, daß der andauernde Widerstand gegen einen Abbau der Kommission aus ihren Kreisen selbst genährt wurde, nach Berlin hatte sich eine scharfe Äußerung der „Times" Propaganda für die Aufrechterhaltung der Interalliierten Kontrollkommission in ihrem jetzigen Umfang, und sucht Deutschland fortgesetzter geheimer Rüstungen zu verdächtigen. Um so mehr muß man es anerkennen, wenn es den alliierten Regierungen tatsächlich mit der in ihrer Note geäußerten Absicht Ernst ist.

Wo bleibt das Gesetz über die Lehrerbildung?

Am 26. November 1920 haben die Abgg. Weiß und Helmann angefragt, wann die Regierung ein Gesetz über die Lehrerbildung vorlegen werde. Diese Kleine Anfrage ist am 26. Oktober 1921 erneuert worden. In beiden Fällen hat die Reichsregierung die außerordentliche Dringlichkeit eines solchen Gesetzes anerkannt, jedoch auf schwierige finanzielle Vorverhandlungen hingewiesen, die die Vorlage des Gesetzentwurfes verzögerten. Mitgeteilt wurde auch, daß mit Bildung des Reichsfinanzministerium den Unterrichtsverwaltungen der Länder ein Referentenentwurf zugeleitet worden sei und sie gebeten worden seien, für den Fall, daß sie sich grundsätzlich für die Berufsausbildung auf einer Hochschule entscheiden, zu einer Reihe grundlegender Fragen Stellung zu nehmen. Unterdessen sind einige Länder, ohne die Vorlage eines Reichsgesetzes abzuwarten, mit einer Neuordnung der Lehrerbildung vorgegangen. Darauf haben die demokratischen Abgg. Fritz, Kasich und Weiß am 10. Mai 1922 in einer Kleinen Anfrage auf die Notwendigkeit der Beschleunigung einer reichsgesetzlichen Regelung der Lehrerbildung hingewiesen. Die Reichsregierung hat darauf erklärt, daß das Reichsministerium des Innern erneut auf eine baldige Entscheidung des Reichskabinetts hinwirken werde. Am 11. März 1922 hat der Hauptausschuß des Reichstages einmütig die Entschließung angenommen, daß der Unsicherheit über die Zukunft der Lehrerbildung durch baldige Vorlage eines Lehrerbildungsgesetzes ein Ende gemacht werden müsse. Da die unerwünschte durch die Verzögerung noch immer nicht beseitigt ist, hat die demokratische Fraktion des Reichstages eine Interpellation eingebracht. In ihr wird angefragt, ob die Reichsregierung Mitteilung über die Mehrkosten zu machen bereit ist, die für die Durchführung des Referentenentwurfes berechnet worden sind. Endlich wird angefragt, ob die Reichsregierung dem Reichstage baldigst ein Lehrerbildungsgesetz vorzulegen gedenkt, oder, wenn nicht, aus welchen Gründen sie die Neuordnung der Lehrerbildung den Ländern überlassen und auf die Vereinheitlichung des Lehrerbildungswesens im Sinne der Verfassung verzichten will.

Außenpolitische Übersicht.

Die Absetzung des Sultans.

Die Regierung von Angora hat auf Beschluß ihrer Nationalversammlung die Absetzung des Sultans proklamiert und einen Generalgouverneur nach Konstantinopel entsandt. Bekanntlich hatte der Sultan bereits nach den ersten großen Erfolgen Kemal Paschas seine Bereitwilligkeit erklärt, auf den Thron zu verzichten, wenn dadurch der großen Sache der Türkei ein Vorteil geschehe. Angesichts der Schwierigkeiten, die Kemal Pascha aus den widerstrebenden Interessen der Westmächte voraussieht, hat er es offenbar für nützlich gehalten, dem Nebeneinander der Regierungen von Angora und Konstantinopel ein Ende zu bereiten. Man wird gut tun, die aus englischer Quelle kommenden Nachrichten mit Vorsicht zu genießen, die von der bevorstehenden Neuflammerung einer türkischen Republik sprechen. Mit der Möglichkeit einer durchreifenden Verfassungsänderung ist natürlich zu rechnen, aber die Männer, die zurzeit die türkische Politik bestimmen, sind viel zu kluge Beurteiler der moralischen Bedeutung des Kalifats, als daß sie den Mohammedismus dieser Spitze berauben würden, in der er politisch wie religiös sein Höchstes sieht.

Angora — Konstantinopel.

Konstantinopel, 3. Nov. (Havas.) Die Lage zwischen Angora und Konstantinopel ist sehr gespannt. Aus den letzten Depeschen aus Angora spreche eine große Unnachgiebigkeit hinsichtlich der Teilnahme der Pforte an der Konferenz. Wahrscheinlich werde heute das Kabinett ein Manifest veröffentlichen und dann zurücktreten. Die offizielle Erklärung des Generals Harrington, daß die Besetzung Konstantinopels durch die Alliierten bei der Ratifikation des Friedens ein Ende nehme, machte einen ausgezeichneten Eindruck. Mit den 500 000 türkischen Pfund, die die Ottomanische Bank der Regierung von Konstantinopel erneut geliehen habe, könne den Beamten ein halbes Monatsgehalt ausgezahlt werden.

*

Militärische Zwangsausbildung in Frankreich.

Paris, 3. Nov. (WTB.) Der Kriegsminister hat Vorschriften über die militärische Vorbildung in den Schulen und Universitäten erlassen. In fast allen staatlichen Schulanstalten ist die militärische Vorbildung Zwang, in den übrigen freiwillig. Im ersten Jahre soll die Lehrtätigkeit Infanteriedienst, im zweiten Jahre Spezialausbildung umfassen.

Der sehr oft von jenseits der Vogesen verschrieene deutsche „Militarismus" hat niemals derartige Jugendvorbildungen ins Auge gefaßt, wie sie von den Franzosen nach obiger Meldung vorgesehen sind.

Verluste der Arbeiterpartei in England.

London, 3. Nov. (WTB.) Die neuesten Meldungen über die Ergebnisse der Gemeindewahlen zeigen, daß die Arbeiterpartei in London eine schwere Niederlage erlitt. Auch in anderen Teilen des Landes hatte sie schwere Verluste.

Rücktritte für Lloyd George.

London, 3. Nov. Bonar Law hielt gestern eine Rede, in der er u. a. sagte, die wahre Ursache des Zusammenbruches der Koalition sei darin zu suchen, daß das englische Volk allgemein der Ansicht sei, daß man unter Lloyd Georges Herrschaft nicht wußte, wo man heute stand, und nicht sagen konnte, wo man morgen stehen werde. Neue und jüngere Männer in der Regierung würden ebenso wirksame Arbeit leisten wie unter Lloyd Georges Herrschaft. Er — Bonar Law — würde anders als Lloyd George kein wichtiges Amt ausfüllen, indem er nicht alles selber angreife, sondern handle wie der Mann an der Spitze seines Geschäfts, der die Arbeit andern überlasse und nur die Aufsicht führe. Die Beziehungen zu Frankreich müssen der Grundlage der britischen Außenpolitik sein. In der inneren Politik sei die Hauptsache die Verminderung der Ausgaben.

Sowjettruppen in Wladiwostok.

Die „L. N. N." bringen über die Einnahme von Wladiwostok folgende Meldung:

In einem Tagesbefehl an Armee und Flotte gibt Trotzki die Einnahme Wladiwostoks durch die rote Armee bekannt. In dem Tagesbefehl wird unterstrichen, daß die Menschheit des freien Ostens Fernen und Sowjetrußland und untrennbares Ganzes bedeuten und Sowjetrußland soeben den Ausgang zum Stillen Ozean wieder zurückerobert hätte.

Über das Schicksal der letzten antibolschewistischen Truppen und Regierung von Wladiwostok ist nicht das geringste bekannt geworden. Es verlautete sich die Gerüchte, daß Japan und Sowjetrußland im Tischen-Tschan ausschließlich ein geheimes Vorabkommen getroffen hätten. Einzelheiten über dasselbe sind allerdings noch nicht genau bekannt. Es verlautete bestimmt, daß sich Japan als Entgelt für die Räumung des Küstengebietes und Wladiwostoks von Sowjetrußland freie Hand in China und der Mandschurei habe zusichern lassen.

Brockdorff-Rantzau in Moskau.

Berlin, 3. Nov. (Priv.-Telegr.) Gestern traf der neuernannte deutsche Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau in Moskau ein. Er wurde von den Vertretern des Kommissariats für auswärtige Angelegenheiten, dem Stab der deutschen Botschaft und dem deutschen Roten Kreuz empfangen. In seiner Erwiderung auf die Begrüßung betonte der Graf, daß er auf die Unterstützung von deutscher und russischer Seite für seine Arbeit vertraue, und daß er seine schwere Aufgabe nicht übernommen hätte, wenn er nicht fest davon überzeugt wäre, daß Deutschland und Rußland eine gemeinsame Mission in der Welt zu erfüllen hätten.

Die russische Ernte.

Moskau, 3. Nov. (WTB.) Der Leiter des Statistischen Amtes, Popoff, machte die Mitteilung, daß die gesamte landwirtschaftliche Produktion drei Milliarden Pud erreicht hat, d. i. eine Milliarde mehr als im Vorjahre und 70 Prozent der Produktion im Frieden. Rußland könne die Verbindung mit Auslandsmärkten wiederherstellen. Das russische Getreide könne mit den englischen und den amerikanischen Märkten erfolgreich konkurrieren.

Deutschland.

Deutsche Kriegerehrung in Paris.

Paris, 2. Nov. (WTB.) Wie in den Vorjahren, fand heute auf dem Friedhof Montin eine eindrucksvolle Feier zu Ehren der in französischer Erde ruhenden deutschen Krieger statt, welcher die in Paris wohnenden deutschen Beamten und Angestellten, sowie die Vertreter der deutschen Presse mit ihren Angehörigen beiwohnten. Die deutschen Kriegergräber sämtlicher Pariser Friedhöfe trugen Blumenschmuck. Bei der Einweihung des Gedenksteins hielt der Botschafter Dr. Mayer eine Ansprache, in der er aller in französischer Erde ruhenden deutschen Krieger gedachte. Die Not der Heimat sei groß und fordere täglich neue Opfer, aber keine noch so bittere Not werde jemals aus den Herzen des deutschen Volkes das Gefühl der Dankbarkeit und der Bewunderung für unsere Tapferen auslöschen. Ihr leuchtendes Beispiel werde dem deutschen Volk ein heiliges Vermächtnis der Vaterlandsliebe bleiben und ein mächtiger Ansporn sein, Deutschland wieder zu besseren Tagen emporzuführen.

Der Reichs-Betriebsrätekongreß.

Berlin, 3. Nov. (Priv.-Telegr.) Der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Reichs-Betriebsrätekongreß endgültig auf den 23., 24. und 25. November nach Berlin einzuberufen.

Einschränkung an der Börse.

Berlin, 3. Nov. (WTB.) Der Börsenvorstand hat beschlossen, auch in der kommenden Woche am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend keine Wertpapiere zu handeln. Es werden an diesen Tagen nur Devisen gehandelt.

Die deutschen Kalipreise.

Berlin, 3. Nov. (WTB.) Der Reichskalirat lehnte den Antrag des deutschen Kalisyndikats auf eine Preiserhöhung von 101,5 Prozent ab und beschloß eine solche von 62 Prozent mit Wirkung ab 3. November. Entsprechend wurden zu dem in der Bekanntmachung vom 10. Oktober festgesetzten Inlandshöchstpreis Höchstzuschläge festgesetzt.

Weitere Erhöhung der Postgebühren.

Berlin, 3. Nov. (WTB.) Der Reichsrat nahm die Vorlage, betreffend eine neue Erhöhung der Post-, Fernsprech- und Telegrammgebühren und ebenso einen Gesetzentwurf an, der das Gesetz zur Bekämpfung der Kapitalflucht teilweise verschärft, teilweise mildert. Der Reichspostminister ersuchte die Vertreter der einzelnen Länder, schon jetzt auf wesentliche weitere Erhöhungen vorzubereiten.

Urteilsverkündung im Hermesprozeß.

Berlin, 3. Nov. (WTB.) Die Verkündigung des Urteils im Prozeß gegen den Redakteur Heusel wegen Beleidigung des Reichsfinanzministers Hermes ist auf Sonnabend, 10 Uhr vormittags, anberaumt.

Der neue badische Kultusminister.

Das durch Ausscheiden Dr. Hummels aus dem Staatsdienst freigewordene Amt des badischen Kultusministers ist dem der demokratischen Landesparteileitung angehörenden Prof. Dr. Hellpach übertragen worden. Prof. Dr. phil et Dr. med. Hellpach ist 44 Jahre alt; 1906 habilitierte er sich an der Technischen Hochschule in Karlsruhe, an der er nach dem Kriege einen Lehrauftrag für angewandte Psychologie und Pädagogik erhielt. In der letzten Zeit wandte er sich den Aufgaben der gewerblichen Fachbildung zu und war mit der Abfassung eines großen Werkes über „Die Erziehungsaufgabe der höheren Schule in ihrem ganzen Umfang kritisch und technisch dargestellt" beschäftigt. Er war Mitglied der badischen Landesschulkonferenz und der Reichsschulkonferenz.

Die unkündbare Anstellung der Eisenbahnbeamten.

Auf eine kleine demokratische Anfrage hat der Reichsverkehrsminister geantwortet, daß die Verwaltung beabsichtigt, die Eisenbahnbeamten auf Grundlage der vereinbarten Richtlinien unkündbar anzustellen. Die Frage sei wegen des Streiks der Eisenbahnbeamten im Februar d. J. zurückgestellt worden. Nachdem jetzt die mit dem Streik zusammenhängenden Maßnahmen zu einem gewissen Abschluß gekommen seien, sei die Angelegenheit wieder in geschäftliche Behandlung genommen worden.

Wiederaufnahme der „Groß-Hamburg"-Verhandlungen.

Die Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg über die Groß-Hamburg-Frage hatten, wie erinnerlich, zu keinem Ergebnis geführt und waren daher von Hamburger Seite abgebrochen worden. Der Hamburger Senat wandte sich darauf an die Reichsregierung mit der Bitte, nunmehr selbst an eine Lösung des schwierigen Problems, das wichtige Reichsinteressen berührt, zu gehen und auf eine Verständigung der beiden Parteien einzuwirken. Heute sollen die neuen Verhandlungen wieder beginnen; ob sie zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden, ist noch sehr zweifelhaft, da die Frage durch preußische Maßregeln, die auf ein Groß-Hamburg hinzielen, stark kompliziert worden ist.

Provinz und Nachbarländer.

Stillegung der Simsonwerke.

Suhl, 3. Nov. Die Firma Simson & Co. teilt mit: Nachdem die Fahrradschleifer in tarifwidrigen, wilden Streik getreten sind und die übrige Belegschaft diesen unterstützt, sind wir gezwungen, von Donnerstag den 2. November, abends 4 Uhr 35 Min., ab den gesamten Betrieb zu schließen und sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen zu entlassen. Wiedereinstellung erfolgt nur nach Wiedereintritt unter Berücksichtigung der vorliegenden wirtschaftlichen Verhältnisse.

Dankbare Chinesen.

Frankenhausen a. Kyffh., 3. Nov. Am Kyffhäuser-Technikum eingeschriebene Chinesen haben die Fahrtkosten zu einer Studienexkursion mit ihren Kommilitonen bezahlt. Solche praktische Dankbarkeit wäre allen Ausländern — es sind deren recht viele — von Herzen zu wünschen.

Im Streit erschossen.

Jena, 3. Nov. Der Kaufmann Pommer erschoß in Arnstadt in einem Restaurant bei Techniker Karl Strauß aus Belmedo in Westfalen in einem Wortwechsel, der dadurch entstanden war, daß Pommer dem Strauß und seinen Freunden verbieten wollte, vaterländische Lieder zu singen. Schon zu Anfang d. J. wurde in Arnstadt aus ähnlichen Motiven ein Techniker erschossen.

Von der Transmission erdrückt.

Kahla, 3. Nov. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich in einer hiesigen Fabrik. Der Arbeiter Otto Röschner aus Altendorf wurde beim Ölen der Transmissionswelle vom Getriebe erfaßt und um die Welle gedreht, wodurch ihm jedenfalls das Rückgrat gebrochen wurde. Er starb auf dem Transport. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau und drei Kinder.

Roda als Sitz des Landkreises Jena-Roda.

Roda 3. Nov. Der Kreisrat des Landkreises Jena-Roda beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung auch mit der Wahl des künftigen Kreissitzes. Während bisher Jena die meisten Aussichten zu haben schien, hat sich das Blatt in letzter Stunde zugunsten Rodas gewendet. In namentlicher Abstimmung wurde mit 14 gegen 11 Stimmen beschlossen, Roda als Kreissitz zu bestimmen. Gegen Jena wurde geltend gemacht, daß das Kasernengebäude sich nicht recht eigne, und daß es Jena bei der herrschenden Wohnungsnot nicht möglich sein werde, für die Beamten Wohnungen zu schaffen.

Spinale Kinderlähmung.

Hersfeld, 3 Nov. Auch in unserer Stadt sind jetzt einige Fälle des Auftretens dieser unheimlichen Krankheit zu verzeichnen. Diese sind allerdings bis jetzt anterlig verlaufen. Um ein weiteres Umsichgreifen zu verhindern, wurden bis auf weiteres die hiesigen Volksschulen geschlossen.

Schwerer Unglücksfall.

Tiefenlauter b. Kahla, 3. Nov. Der 26 Jahre alte Sohn des Gendarmerie-Stationskommandanten Heß hier wurde dieser Tage in dem in der Nähe seiner elterlichen Wohnung befindlichen Transformatorenhäuschen der Überlandzentrale Kahla tot aufgefunden. Es wird vermutet, daß er sich in dem Transformatorenhäuschen zu schaffen gemacht hat und dabei der Starkstromleitung zu nahe gekommen ist. Die Tür zu dem Transformatorenhäuschen stand offen.

Kleine Rundschau.

Der Tischlerlehrling Fritz Lahne aus Magdeburg ließ sich auf der Bahnstrecke Thale-Weinsteid vom Zuge überfahren. Der Tod trat auf der Stelle ein. Aus aufgefundenen Schriftstücken ist zu ersehen, daß er freiwillig in den Tod gegangen ist. Über die Gründe war nichts angegeben. — Der 14jährige Schulknabe Land von Zschortau wollte, um mit seinem Ochsengespann schneller ausbiegen zu können, von dem in Fahrt befindlichen Wagen abspringen, kam aber dabei zu Fall und wurde überfahren. Man brachte ihn zuerst in das Delitzscher Krankenhaus und von da nach Leipzig. Auf dem Transport trat der Tod ein. — Der Hilfsrangierer Hermann Winkler in Eilenburg geriet auf dem dortigen Personenbahnhof zwischen die Puffer zweier Wagen und wurde totgequetscht. Der 23jährige junge Mann hinterläßt Frau und ein kleines Kind. — Aus der Saale wurde in der Nähe des Saalefchlüsschens in Halle eine weibliche Leiche gezogen. Die etwa 60 Jahre alte, große, starke Frau ist mit schwarzem Jackett und schwarzer Bluse sowie schwarzem Rock bekleidet, das Hemd zeigt die Buchstaben W. K. in Monogrammform. Ein weißes Taschentuch trägt den Buchstaben A. — In der Zuckerraffinerie in Dessau verunglückte der Arbeiter Roschke tödlich. Beim Herausziehen von Asche wurde er durch nachstürzende glühende Asche verschüttet und erlitt dadurch so schwere Brandwunden, daß er bald darauf starb. — Auf dem Wege nach Gröna fand man bei Berurbung in dieser Nacht einen Mann auf, der durch den Bruch seines Fahrrades schwer verletzt war und dabei sehr schwere Verletzungen erlitten hatte. — Im Fahrstuhlschacht des Stadthauses in Jena erlitt ein Fensterputzer einen schweren Unfall. Er hatte zur Reinigung der Fenster des Schachtes seine Leiter in den Fahrstuhl gestellt, von unbefugter Hand war der Fahrstuhl in Betrieb gesetzt worden und der Unglückliche stürzte 10 Meter tief in den Keller, wobei er sich eine schwere Gehirnerschütterung zuzog. — Auf dem Güterhof in Weißenfels verunglückte der 21jährige Schlosser Hellbach dadurch, daß er von plötzlich aus der von ihm bedienten Maschine ausbrechenden Dampf zu Boden geschleudert wurde. Dabei erlitt er einen Schädelbruch, der den sofortigen Tod zur Folge hatte. — Die steigende Not der deutschen Wirtschaft hat in Erfurt zu dem Plan geführt, daß in drei Stufen die Straßenbahn so weit eingeschränkt werden soll, daß schließlich nur noch eine einzige Linie von Erfurt-Nord zum Bahnhof verkehrt.

† Halle a. S., 3. Nov. Die Pappel am Fuße des Weinberges, einer der größten Bäume der ganzen Umgegend, ist zu Nutzzwecken gefällt worden. Der Verkauf durch die Stadt erbrachte den Erlös von 432 800 M. Der Stamm allein kostete 360 000 M.

† Greppin b. Bitterfeld, 3. Nov. Mit Vierlingen beglückt wurde hier ein Fräulein G. Der Vater dieses Geburtswunders ist ein Ehemann mit bereits sechs Kindern, der von seiner Frau getrennt lebt.

Merseburg und Umgegend.

3. November.

** Für die Notlage der Presse scheint das Verständnis und der Wille zur Tat auch in evang.-kirchlichen Kreisen mehr und mehr zu wachsen. So bewilligten kürzlich die Kreissynoden von Wittenberg und Hohenmölsen dem Evang.-Sozialen Preßverband für die Provinz Sachsen je 2000 M Jahresbeitrag. Drei kleine Kirchengemeinden gaben 400, 300 und 200 M Jahresbeitrag, eine evang. Lehrerin landte 500 M. Die gegenwärtig für den Preßverband ausgeschriebene Handsammlung, sowie die Kirchenkollekte am 12. November sind Gelegenheiten, tatkräftig für evangelischen Preßdienst einzutreten, der für die Kirche, wie für das Volkstehen unentbehrlich ist.

** Prüfungsamt für Kurzschrift. Wie die Handelskammer in Halle a. S, Franckestraße 5, mitteilt, findet die nächste Prüfung für Stenographen aller Systeme anstatt am 12. November, am Sonntag den 19. November, vormittags 9 Uhr, in der Kaufmännischen Berufsschule in Halle a. S., Sophienstraße 37, Eingang Luisenstraße, part., Zimmer 3 und 4, statt. Anmeldungen werden bis Donnerstag den 16. November angenommen. Prüfungsbescheinigung und Anmeldebogen werden gegen Voreinsendung von 3 M vom Büro der Handelskammer verabfolgt.

** Gebühren für Handelskammerbescheinigungen. Es ist der Handelskammer in Halle nicht mehr möglich, Bescheinigungen unentgeltlich auszustellen; sie hat daher in ihrer Sitzung vom 18. Oktober 1922 beschlossen, vom 1. November d. J. ab für alle dem Handelsverkehr dienenden Bescheinigungen Gebühren einzuführen. Firmen, die für ihren Auskunftsverkehr regelmäßig Bescheinigungen benötigen, kann auf Antrag monatliche Abrechnung gewährt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319221103-15/fragment/page=0002

** Das 50 jährige Geschäftsjubiläum begeht in diesen Tagen die Wagenfabrik A. Dresbner an der Weißen Mauer. Das Unternehmen wurde 1872 von dem verstorbenen Mechanikermeister August Dresbner begründet und wird seit 1900 von des Gründers Schwiegersohn Paul Krätschmar betrieben. Ihm, dem jetzigen Inhaber der Firma, bringen auch wir unsere herzlichen Glückwünsche dar.

** Für die ländlichen Hauseigentümer eine Erleichterung zu schaffen, bezweckt eine Umweisung des Landwirtschaftsamts des Landkreises Merseburg. Sie empfiehlt den Gemeinden, die Wohnungsbauabgabe möglichst gleichzeitig mit den Grund- und Gebäudesteuern mitzuerheben, damit die Hauseigentümer in der Lage sind, beide Steuerarten zusammen anzulegen und einzuziehen.

** Die Gebühren für Ärzte und Zahnärzte werden durch ministerielle Verfügung erhöht, und zwar tritt am 1. Oktober zu den Sätzen der Gebührenordnung vom 15. März d. J. ein Teuerungszuschlag von 350 v. H.

** Die Jagdsteuerordnung des Landkreises Merseburg ist nunmehr nach erteilter Genehmigung rechtswirksam geworden. Die Steuer beträgt jährlich 15 Prozent des Pachtpreises aber Pachtwerte. Von den Gemeinden, die bereits eine Jagdsteuer eingeführt haben, verlangt der Kreis die Hälfte des Steuerbetrages.

** Von Krämpfen befallen wurde gestern abend in der Dammstraße ein junges Mädchen in dem Augenblick, als gerade ein elektrischer Fernbahnwagen in scharfer Fahrt die Straße passierte. Haarscharf fuhr der Wagen an der Erkrankten vorüber, die mit dem Kopf in Minutenschnelle hat Zwei Schupobeamte und einige Passanten schafften das Mädchen in das nahe „Dammschloß", wo es sich bald wieder erholte und den Heimweg antreten konnte.

** Beths Gesellschaftshaus. Am Sonnabend und Sonntag veranstaltet Herr Beth eine Hausklimes, bestehend in Konzert, Ball, Vorträgen usw. Im großen Saale wird sich das Seifert-Orchester aus Halle einfinden, ferner treten Künstler und Künstlerinnen auf. Im Café und im Vereinszimmer ist vielerlei Musik. Hier wird außerdem der beliebte Stimmungsmacher Paul Hesse für Stimmung sorgen, der auch die Speisekarte Gänse- und Enterbraten aufführt, wird es sicherlich an der nötigen Kirmesstimmung nicht fehlen.

** Der Ostmärkerverein veranstaltet am 4. November einen Familienunterhaltungsabend in Beths Gesellschaftshaus. Für die Unterhaltung ist bestens gesorgt. Die Mitglieder der Vereinigungen: Ausland-Deutsche, Glätzer und Oberschlesier sind herzlich willkommen.

** Das Reformationsfest wird in unserer Stadt in besonderer Weise begangen werden. Am Sonntag abend ist im Dom eine Gustav Adolf-Feier, in welcher ein Kenner Brasiliens, Pfarrer Schulze aus Burostebenau, Bilder aus dem evangelischen Leben dieses Landes schildern wird. Solo- und Chorgesänge werden die Feier verschönern. In der Altenburner Kirche wird der Vormittagsgottesdienst dadurch festlich begangen, daß der Kirchenchor eine Anzahl schöner Gesänge bieten wird.

** Schlossgartenaufführung. Wie uns mitgeteilt wird, ist der Tag für die Aufführung von „Rosmersholm" noch nicht bestimmt. Wie dem Verein für Heimatkunde vom Regierungspräsidenten mitgeteilt worden ist, dürfen die Aufführungen zunächst nicht mehr im Schlossgartensaal stattfinden, da dort die Sicherheitsbedingungen für Feuergefahr nicht gerissen. Man plant deshalb die Aufführungen nach dem Theater oder nach Beths Gesellschaftshaus zu verlegen. Sehr an und für sich der intime Schlossgartensaal für die Aufführungen geeignet scheint, für die modernen Stücke hätte er aber kaum noch genügen können.

*

Die Kreissynode Merseburg-Stadt

trat am Donnerstag vormittag im Saale der Herberge zur Heimat unter ihrem Vorsitzenden Sup. Prof. Mitzkat zusammen, der die Verhandlungen kurz nach 10 Uhr mit Schriftverlesung und Gebet eröffnete. Nachdem derselbe die Beschlußfähigkeit der Synode festgestellt, begrüßt er die neu eingetretenen Mitglieder Konsistorialinspektor Lohrengel, Hauptlehrer Röthe und Kaufmann Tänzer. In Vertretung der Tagesordnung erstattet sodann der Vorsitzende folgenden Bericht über die kirchlichen und sittlichen Zustände des Bezirks: Seit der letzten Tagung ist das Bild der Synode besonders dadurch verändert, daß uns der selig. Vorsitzende, der langjährige Pfarrer von St. Maximi, Pastor Werther, durch den Tod entrissen ist. Wir gedenken auch an dieser Stelle mit innigem Dank seiner vortrefflichen Persönlichkeit und seiner segensreichen Wirksamkeit. Die Versammlung haben sich während dieser Worte von ihren Plätzen erhoben.) Die kirchlichen und sittlichen Zustände des Bezirkes sind ungefähr dieselben wie im vergangenen Berichtsjahre. Den schweren Druck, der auf ganz Deutschland lastet, führen mit der gesamten deutschen evangelischen Kirche auch die evangelischen Gemeinden der Synode Merseburg-Stadt. Die meisten von ihnen haben Mühe, die anschwellenden Ausgaben mit den Einnahmen ins Gleichgewicht zu bringen. Am meisten leidet die vermögensschwache Domgemeinde unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Es steht fest, daß sie, selbst der Gebührenerhöhungen sie nicht gerecht werden kann. Ihr Fehlbetrag überteigt zurzeit 100.000 M. Ohne außerordentliche Beihilfe von seiten der Gesamtkirche kann eine Gemeinde wie die Domgemeinde nicht mehr bestehen. Die Klagen über Zuschlußsaalten der Konfirmanden, von denen im vergangenen Jahre berichtet wurde, haben nicht ab, sondern zugenommen. Was ein Hauptgrund für die schlechte Haltung dieser Konfirmanden wird angegeben, daß Dissidentenkinder, die sich nicht konfirmieren lassen, ihre Klassenmenossen gegen den kirchlichen Unterricht aufhetzen. In den Kirchenvereinen ist eifrig und zum Teil mit gutem Erfolg gearbeitet worden. An Stelle des verstorbenen Pastors Werther hat sich Pastor Herbich des Evangelischen Männer- und Jünglingsvereins treu angenommen. Sehr schwer ist die kirchliche Arbeit im Mittelpunkt eines beständig wachsenden Industriebezirks. Doch trotz dieser düsteren Erscheinungen dürfen wir uns nicht entmutigen lassen. Vor allem müssen wir immer wieder darüber nachsinnen, wie wir den neuen Geistlichkeit die alte Wahrheit auf neuen Wegen nahe bringen können. Wir sind verpflichtet, die Schadenwendbarkeit nach allen Seiten hin zu überwinden und in hellem Sinne anbetungsfähig zu werden.

Verzeichnis gegenwärtig vor diesem Bericht ein statistisches Jahlenmaterial über Taufen, Trauungen, Konfirmanden, Abendmahlsbesuch, Begräbnisse und Übertritte in den Bereichen des Bezirks. Danach wurden in den vier Gemeinden Merseburgs mit ihren Filialen Lösen und Meuschau im Jahre 1921 getauft: 571 Kinder (1920 575), darunter 57 uneheliche; getraut 234 Paare (1920 200); konfirmiert 452 Kinder (1920 422); zum Abendmahl einen 9899 (1920 2500) Personen; die Zahl der Beerdigungen betrug sich auf 256 (1920 254); Austritte aus der evangelischen Kirche sind 24, Übertritte zu derselben 8 zu verzeichnen (1920 159 Austritte, 13 Übertritte, 1919 222 Austritte, 5 Übertritte). Die Zahlen geben mehrfach zu erläuternden Bemerkungen Veranlassung.

An den Bericht knüpfte sich eine längere Besprechung, an der Pastor Bolt und mehrere andere Synodale beteiligten. Anwesende Gedanke der Gemeinden recht erfreut an, die Einnahmen der Gemeinden zusammenzufassen und aus dieser Kasse die Kirchenbeamten gerechtmäßig zu besolden. Kaufmann Tänzer beschwerte ein verbessertes Kirchensteuerrisiken, das leistungsfähige Schultern stärker belasten soll. Pastor Riem trat für Einführung einer allgemeinen Landes-Kirchensteuer ein, die bei 0,25 Prozent der Staatseinkommensteuer inkl. der bisherigen Landwachtgelder imstande sein würde, alle Kirchenlasten zu tragen. Der Vorsitzende bemerkt zu diesen Äußerungen, daß man zunächst die neue Kirchenverfassung abwarten müsse und erst dann den verschiedenen Fragen nähertreten könne. Zu hohen Prozentzuschlägen für Kirchensteuern habe übrigens das Konsistorium abschlägig geäußert. Mitterbin besprach Pastor Riem und Pastor Grabenstein die Erörterung über Wohnungsbauten durch die zu ihren Gemeinden gehörigen Siedlungen (Baracken-Lager und Kolonie Friedhofsbe). Ein Anschluß dieser Siedlungen an die nächstliegenden Dörfer sei wünschenswert. Anderseits wäre an eine Vermehrung der geistlichen Kräfte in den betr. Gemeinden zu denken. Kaufmann Tänzer macht zur Vorsicht bei etwaigen Neubauten von Siedlungen. Die Zukunft werde doch die Siedlungen dieser Art bevorzugen, im Westen und Norden der Stadt hervorreten lassen. Ein Antrag, den Magistrat zu ersuchen, Grund und Boden für diesen Zweck bereit zu stellen, wird angenommen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung übergehend wird die Synodalrechnung für 1920, die 29.514 M Einnahme, 23.921 M Ausgabe und einen Überschuß von 269 M aufweist, genehmigt und der Kassierer entlastet. Der Haushaltsplan für 1922 wird bei jetzt bestehendem Zustand für eine genaue Berechnung mangelt, mit 100.000 M in Einnahme und Ausgabe normiert und angenommen.

Eine Ergänzung des Synodalvorstandes ist durch das Ausscheiden Pastor Werthers und Stadtrat Mankenburgs erforderlich. Gewählt werden Pastor Bolt und Kaufmann Tänzer. Im Anschluß hieran beantragt Pastor Grabenstein die Einrichtung einer zweiten Pfarrstelle in St. Viti und Kaufmann Tänzer befürwortet, eine Hilfspredigerstelle für die Gesamtstadt einzurichten. Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß derartige Anträge beim Konsistorium nur dann Erfolg haben können, wenn gleichzeitig eine ausreichende Fundierung der Stelle in Aussicht gestellt wird. Er erklärt sich übrigens bereit, einen Antrag der Synode betr. Einrichtung einer Hilfspredigerstelle für die Gesamtstadt Merseburg zu formulieren und an das Konsistorium zu senden. Die Synode beschließt demgemäß. Eine Anregung, mit Rücksicht auf die Kosten der Kirchenheizung im Winter nur in einer der Kirchen der Stadt den Hauptgottesdienst abzuhalten, verweist der Vorsitzende, auf den ablehnenden Standpunkt des Konsistoriums hinzuweisen. Es ist aber bereit, die Frage neu aufzuwerfen und einen entsprechenden Antrag an das Konsistorium zu richten. Damit ist die Synode einverstanden.

Es folgt nunmehr ein eingehender Bericht über innere Mission, den Pastor Riem erstattet. Er beleuchtet darin die umfassende Tätigkeit, die auf diesem Gebiet geleistet wird, bedauert aber auch die schwierige Lage, in der sich die meisten Organisationen infolge der Teuerung und Geldentwertung befinden. Hilfe sei schwer zu beschaffen. Am Schluß wird sein Antrag, das der Synode zur Verfügung stehende Drittel der Haussammlung für innere Mission im Betrage von 519,50 M dem hiesigen Männer- und Jugendverein zu überweisen, einstimmig angenommen.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung erhielt Pastor Grabenstein das Wort. Er sprach über die vom Konsistorium gestellte Frage: Was kann geschehen, um in der Einzelgemeinde das Verständnis, Verantwortungs- und Heimatgefühl für unsere Gesamtkirche zu erwecken und zu stärken? Seine geistvollen Ausführungen, auf die näher einzugehen hier zu weit führen würde, fanden allseitige Anerkennung, die auch in einer sich anschließenden kurzen Besprechung von mehreren Rednern zum Ausdruck gebracht wurde. Vom Vorsitzenden wurde, ebenso wie vom Pastor Jenßch auf die Wichtigkeit des persönlichen Verkehrs des Geistlichen in seiner Gemeinde hingewiesen.

Nach einer kurzen Beantwortung der Frage nach der Stellung der hiesigen Geistlichen zur „ernsten Bibelforschung", die als amerikanische Agitation charakterisiert wurde, schloß der Vorsitzende gegen ½9 Uhr mit Gebet die Synode.

*

Tagesspiegel.

Freitag, 3. November.

„Tivoli": Leipziger Kristallpalast-Sänger

Turnerische Vereinigung: Versammlung im „Ratskeller".

Kantine 2, Leuna: Herbst-Konzert des Zitherverein.

Casino: Freitagsball.

Junkenburg: Herbstvergnügen (B.-Sp.-B.)

Kommerlichsches: „Der lebende Propeller."

Modernes Theater: „Im Rausche der Nacht."

Sonnabend, 4. November.

Männer-Turnverein: Singestunde.

Sonntag, 5. November.

Turnerische Vereinigung: Wanderung nach Lauchstädt.

Versammlung zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs im „Herzog Christian".

Ausstellung von Holz-, Metall- und Papparbeiten im „Herzog Christian".

Dom: Gustav Adolf-Feier.

Kirmes in: Burgstaden, Neipisch, Crevpau, Cröllwitz, Löpitz und Hauskirmes bei Beth.

Männer-Turnverein: Vereinsabend mit Damen.

C. T.-Lichtspiele, Halle: Gastspiel Schur „Der bengalische Tiger".

Verein ehem. Domschüler: Zusammenkunft bei Rülke.

*

Wetterwarte.

Wie wird das Wetter am Sonntag sein?

Die strenge Kälte ist wieder zurückgedrängt weiter nach Norden, als sich ein tiefes Minimum (724 Millimeter) Skandinavien näherte, das auch in Deutschland milbes Wetter mit mäßigen Niederschlägen verursachte. Wenn auch die Rückkehr dieser Störung wieder etwas kälteres, vorwiegend trockenes Wetter bedingen wird, so folgt doch schnell eine neue Störung, die für Sonntag meist wolkiges bis trübes, windiges, ziemlich milbes Wetter mit Niederschlägen bedingen wird.

*

Beratungsstoff für die Stadtverordneten-Sitzung.

Den Stadtverordneten, die am kommenden Montag, abends 6 Uhr, im alten Rathause tagen, liegt u. a. folgender Beratungsstoff vor:

Umwandlung der siebenstufigen Volksschulen in achtklassige Schulen.

Die Herren Sache und Röth verschern, daß durch die Umwandlung jetzt und in der Zukunft bezw. den Schulverbänden keinerlei Mehrkosten erwachsen werden, abgesehen von den wenigen Ausgaben, die die Beschaffung einiger Unterrichtsmittel für die neuen acht Klassen erfordert, die ja das Lehrziel nunmehr höher gesteckt wird. Einmütig billigt die Schuldeputation die Vorschläge und empfiehlt vom 1. April 1922 ab für die beiden bisher siebenklassigen evangelischen Volksschulen I und II gemeinsame acht Klassen einzurichten. Der Magistrat erhebt diesen Vorschlag zum Beschluß.

Erhöhung der Freibankgebühren.

Die jetzt bestehenden Gebührensätze der Freibankordnung sind am 17. Februar 1920 und am 4. April 1922 neu festgesetzt worden, nachdem 1908 ihre erstmalige Genehmigung erfolgte. Durch die seit April 1922 eingetretenen vollständig veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse, sowie durch die ungemein hohen Kohlen- und Materialpreise ist es nicht mehr möglich, mit den jetzt geltenden Sätzen auszukommen. Auch der Antrag des Verkäufers und Verwalters der Freibank auf Erhöhung seiner Gebühren auf die neubeantragte Höhe kann als unbillig nicht bezeichnet werden. Die neuen Sätze sind unbedingt notwendig, um den Betrieb der Freibank aufrecht zu erhalten.

Erhöhung der Wohnungsbauabgabe.

Der Magistrat beschließt, den gemeindlichen Zuschlag zur Wohnungsbauabgabe von 75 Prozent auf 175 Prozent mit Wirkung ab 1. Oktober 1922 zu erhöhen, so daß insgesamt 200 Prozent zur Hebung kommen. Die Durchführung der von den städtischen Körperschaften beschlossenen Bauvorhaben erfordert infolge der erheblich herausgesetzten Löhne und der gesteigerten Materialpreise bedeutend höhere Ausgaben, als zu Beginn des Rechnungsjahres angenommen wurde. Die Bereitstellung der städtische an den Finanzierung der Bauvorhaben ist infolge der Herausfetzung der Landesdarlehen auf den zehnfachen Betrag ebenfalls entsprechend erhöht worden. Es muß daher auch rechtzeitig für Deckung dieser Ausgabe gesorgt werden. Des Reich plant ja auch bereits eine Erhöhung der Wohnungsbauabgabe auf 1500 Prozent. Es werden zunächst für das zweite Halbjahr des Rechnungsjahres nur insgesamt 200 Prozent vorgeschlagen. Damit wird der Satz übernommen, den auch Halle erhebt. In der vorgeschlagenen Höhe können alle Verbraucherkreise die Abgabe trotz der drückenden wirtschaftlichen Verhältnisse noch tragen. Die Mehreinnahme für das laufende Jahr wird etwa 800.000 M betragen. Im übrigen wird auf die Begründung zu den früheren Vorlagen Bezug genommen.

Nachtrag zur Wertzuwachssteuer.

Der Magistrat beschließt den I. Nachtrag zur Wertzuwachssteuerordnung vom 6./12. Juni 1922. Der Nachtrag enthält 2 Abänderungen. Im § 14 Abs. 2 des neuen Körperschaftssteuergesetzes vom 2. Mai 1922 ist bestimmt, daß eine Wertzuwachssteuer von den Gewinnen nicht erhoben werden darf, wenn das Vermögen einer Erwerbsgesellschaft aus Gonzes mit oder ohne Auseinandersetzung auf eine inländische andere Erwerbsgesellschaft übergeht. Das Landesfinanzamt verlangt die Aufnahme einer entsprechenden Vorschrift in die Steuerordnung der Stadt. Da das Reichssteuerrecht dem Gemeindesteuerrecht vorgeht, würde auch ohne Abänderung unserer Steuerordnung in den angeführten Fällen eine Steuerpflicht nicht eintreten. Es besteht daher keine Bedenken, dem formellen Verlangen des Landesfinanzamtes stattzugeben. Die zweite Abänderung betrifft die Haftung des Erwerbers, wenn die Steuer von dem zunächst Steuerpflichtigen, dem Veräußerer, nicht beigetreiben werden kann. Der Erwerber haftet nach der bisherigen Ordnung nur bis zu 2 Prozent des Erwerbspreises. Da jetzt vielfach sehr hohe Steuerbeträge, oft bis zu 20 Prozent des Kaufpreises fällig werden, ist eine Herausfetzung der bisherigen Grenze von 2 auf 10 Prozent des Erwerbspreises gerechtfertigt. Dies um so mehr, als die Umschreibung der Grundstücke im Grundbuche sich oft sehr lange hinausschiebt und sich bei Aufgabe des hiesigen Wohnsitzes durch den Veräußerer schon mehrfach Schwierigkeiten bei Einziehung der Steuer ergeben haben.

Änderung der Besoldungsordnung auf Grund des Einspruchs des Regierungspräsidenten und der Festsetzung der planmäßigen Stellen.

Die Änderung des Gemeindebeschlusses vom 23./24. Oktober 1922 — I 2162/22 — macht sich dadurch notwendig, daß der Herr Regierungspräsident der Bestimmung der Besoldungsordnung für die städtischen Beamten vom März d. J. die Zustimmung versagt hat, wonach Assistenten, welche die Sekretärprüfung bestanden haben, 2 Jahre nach bestandener Prüfung gemäß Gruppe 6 bezahlt werden sollen, wenn ihnen bis dahin eine Stelle der Gruppe 6 noch nicht zugewiesen worden ist. Ferner hat der Herr Regierungspräsident die Streichung der Bestimmung verlangt, wonach die Polizeibetriebsassistenten, welche nach der Besoldungsordnung vom März d. J. deshalb nach Gruppe 5 besoldet wurden, weil ihnen gemäß Gemeindebeschluß vom 18. Februar 1919 — I 334/19 die Ablegung der 2. Prüfung erlassen war, aus Gruppe 5 besoldet werden sollten. Wenn auch gegenüber der ursprünglichen Fassung des Gemeindebeschlusses über die Besoldungsordnung der Beamten die jetzige Fassung des Gemeindebeschlusses in Verbindung mit dieser Vorlage eine nicht ganz so günstige Regelung darstellt, wie sie ursprünglich vorgesehen war, so bringt sie doch wenigstens für sieben Assistenten die Möglichkeit der Aufstieges nach 6, während sie früher für alle Assistenten vorgesehen war. Eine Mehrbelastung der Gemeinde tritt daher entgegen den bisherigen Gemeindebeschlüssen durch die Änderung der Beschlüsse nicht ein.

Schöffengericht Merseburg.

Antrag auf gerichtliche Entscheidung gegen zugestellte polizeiliche Strafverfügungen hatten gestellt:

1. Der Kaufmann Otto P. aus Merseburg, der am 31. Mai d. J. die Straße vor seinem Grundstück nicht hatte reinigen lassen. Urteil: Freisprechung, da durch Zeugen nachgewiesen, daß die Straße gereinigt worden war.

2. Die Arbeiter Johann T. und Karl P. aus Körbisdorf, die am 21. Mai d. J. auf der hiesigen Weißenfelser Straße durch lautes Singen ruhestörenden Lärm erregt hatten. Urteil: Bestätigung der Polizeistrafe in Höhe von je 200 M ev. je 1 Tag Haft.

3. Die Frau Anna S. aus Magdeburg, die am 12. Juli d. J. vom Felde des Landwirts Bauer Kartoffeln in geringer Menge entwendet haben sollte. Es erfolgte Freisprechung mangels ausreichender Beweise.

4. Der Arbeiter Albert S. aus Kriegsdorf, der am 2. August 1922 vom Felde des Rittergutsbesitzers Otto ebenfalls Kartoffeln entwendet haben sollte. Auch in diesem Falle erfolgte Freisprechung mangels Beweises.

5. Frau Minna R. aus Niederclobicau, die am 29. Mai d. J. vom Felde des Rittergutes Kriegsdorf Klee gestohlen hatte. Eine strafbare Handlung war nicht nachzuweisen, weshalb Freisprechung erfolgte.

6. der Arbeiter Hermann B. aus Meuschau, der am 25. Juli d. J. in Merseburg mit seinem Fahrrade in der Ober Breite Straße verbotswidrig die linke Straßenseite der Fahrtrichtung befahren haben sollte. Das Gericht bestätigte die Polizeistrafe in Höhe von 150 M ev. 3 Tagen Haft.

8. Der Rittergutsbesitzer R. H. in Crevpau, der wiederholt seine Kühe beim Austreiben ohne genügende Aufsicht gelassen haben sollte, und 9. der Schafmeister P. aus Crevpau, der am 2. August 1922 die ihm anvertrauten Gemeindegänse derart ohne genügende Aufsicht gelassen haben sollte, daß sie auf dem Felde des Rittergutsbesitzers H. Schaden anrichteten. H. und P. nahmen ihre Anträge auf gerichtliche Entscheidung zur Eintritt in die Verhandlung zurück.

10. Der Arbeiter Reinhold O. und dessen Ehefrau aus Merseburg, die am 20. August 1922 von dem Felde des Landwirts Gärtner aus Meuschau Gurken in geringer Menge entwendet haben sollten. Die Strafen wurden ermäßigt auf je 150 M ev. je 2 Tagen Haft.

11. Der Rechtsanwalt Walter E. aus Merseburg, der am 9. Aug. 1922 die Straße vor seinem Grundstücke nicht hatte reinigen lassen. Urteil: Freisprechung, da E. nicht Eigentümer des betr. Grundstückes ist.

12 und 13. Die Herren E. und R. H. aus Merseburg, die beschuldigt waren, am 21. August 1922 durch überlautes Verhalten ungebührlicher Weise Ärgernis erregt zu haben. Die Anträge wurden vor Eintritt in die Verhandlung zurückgezogen.

14. Das Hausmädchen Olga R. aus Halle, die in hiesiger Stadt gewohnt haben sollte, ohne sich polizeilich an- und abzumelden. Auch in diesem Falle erfolgte Zurücknahme des Antrages vor Eintritt in die Verhandlung.

15. Frau Marie K. aus Merseburg, die vom Felde des Ziegeleibesitzers Schmidt zwei Weizenbunde entwendet haben sollte. Es erfolgt Freisprechung, da der Angeklagte nicht mehr behaupten kann, ob Frau K. als Täterin in Frage kommt.

16. Der Arbeiter Otto L. aus Ostrau, der beschuldigt war, am 19. August 1922 das Grundstück des Gutsbesitzers Georg Schaf baselbst unbefugt betreten zu haben. Da es sich um ein Grundstück handelt, das dem Vater des L. als Dienstzal zugewiesen war und das dieser daher betreten konnte, erfolgte Freisprechung.

17. Der Arbeiter Stefan N. aus Merseburg, der sich polizeilich nicht angemeldet hatte. Das Gericht bestätigte die Polizeistrafe in Höhe von 30 M ev. 3 Tagen Haft.

18. Der Arbeiter Bruno Sch. aus Merseburg, der am 12. August 1922 dadurch großen Unfug verübt hatte, daß er sich mit einer andern Person auf öffentlicher Straße schlug. Der Antrag wurde vor Eintritt in die Verhandlung zurückgenommen.

19. Der Tischler Wilhelm S. aus Merseburg, der am 13. August 1922 in der hiesigen Menschauer Straße durch Singen und Schreien ungebührlicherweise ruhestörenden Lärm verursacht hatte. Das Gericht bestätigte die Polizeistrafe in Höhe von 150 M ev. 3 Tagen Haft.

Turnen — Spiel — Sport.

Aus dem Gesetzlal.

Am vergangenen Sonntag den 29. Oktober fanden in der II b-Klasse nur zwei Spiele statt, und zwar gelang es Neumark I gegen Mücheln I mit 3 : 0 hereinzulegen, ein Resultat, das niemand erwartet hatte. Neumark bewies auch am Sonntag, daß sie sich in guter Form befinden und sollte bei gleichbleibender Leistung ein ernster Anwärter auf den Meisterschaftstitel sein. — Rössen I weilte in Querfurt und siegte sich dort mit 5:0 Toren. Durch diese Spiele bleibt die Tabelle unverändert, nur wechselt Mücheln auf den vierten Platz um. Die Tabelle lautet jetzt wie folgt:

Verein	Sp.	Spiele			Punkte		Tore	
		gew.	unentsch.	verl.		—	für	gegen
Köbschen	5	4	—	1	8	2	20	5
Neumark	5	4	—	1	8	2	12	4
Querfurt	3	3	—	1	6	2	7	2
Mücheln	5	3	—	2	6	4	9	7
Lauchstädt	4	1	1	2	3	5	2	5
Rössen	6	1	1	4	3	9	10	25
Körbisdorf	5	—	—	5	0	10	5	17

Am Sonntag den 5. November stehen sämtliche Vereine, außer Rössen, die nunmehr sämtliche Spiele der ersten Serie bereit haben, auf dem Platze. Köbschen spielt in Querfurt gegen Querfurt, während Neumark nach Lauchstädt fährt und Mücheln in Körbisdorf weilt. Der Papierform nach müßten Köbschen, Neumark und Mücheln als Sieger hervorgehen, doch mit des Geschickes Mächten . . .! Das schwerste Spiel wird wohl Köbschen in Querfurt erledigen, doch ist Querfurt auf eigenem Platze schwer zu schlagen. — Im letzten Bericht wurde erwähnt, daß im Spiele Rössen-Mücheln der Schiedsrichter bei Mann von Mücheln hereinspielen hätte. Diese Angabe beruht jedoch auf einem Irrtum. Mücheln trat nur mit 10 Mann an, wovon der Schiedsrichter einen herausstellte und der zweite infolge Verletzung ausscheiden mußte.

Vermischte Nachrichten.

Neuer Kirchenprozeß in Moskau.

Meldungen aus Moskau berichten über den vor dem Revolutionstribunal begonnenen grandiosen Kirchenprozeß gegen 118 Angeklagte, welche des Widerstandes der Herausgabe kirchlichen Eigentums beschuldigt sind. Unter den Angeklagten befinden sich viele Glieder der höheren russischen Geistlichkeit, so der Vorsteher der Erlöser-Kathedrale, Artemiew, Ubsenskij und viele andere. Die Anklage richtet sich insbesondere gegen Professor Petrowski-Rajumowskij, Kurskij und Borisjow. Für den Prozeß ist die Dauer von einer Woche vorgesehen.

Leitung: Franz Röhner.
Verantwortlich: Dr. phil. Siegfried Berger für den politischen Teil und Feuilleton: Kurt Weinhold für Provinz, Lokales, Volkswirtschaft, Vermischtes und Sport; Franz Gomm für den Anzeigen- und Reklameteil sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Ammus, Berlin-Wilmersdorf, Nassauische Str. 40.
Druck und Verlag der Firma Th. Röhner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319221103-15/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Für die schönen Kranzspenden beim Hinscheiden unseres kleinen

Werner

danken herzlichst

Willy Zähsch u. Frau.

Köthschen, d. 2. 11. 22.

Möbl. Zimmer
sucht ältellnft. Herr. Feuerung u. Lebensmittel vorhanden. Ang. u. 72 an die Exp. d. Bl.

Zu kauf. gesucht
Eßzimmerbüffett, Ausziehtisch und 6 Stühle (auch im einzelnen). Angeb. m. Pr. unt. 68 a. d. Exp.

Gut erh. Klavier
aus Privathand zu kaufen gesucht. Angeb. unt. 70 a. d. Exped. des Tageblattes.

Gleichstrom-Motor,
5 PS., 600 Volt, am liebsten Siemens-Schuckert-Fabrikt. (gebraucht, auch beschädigt) sofort zu kaufen gesucht. Angeb. unter U O 1660 an Rudolf Mosse, Halle a/S.

Futterschwein
60—100 Pfd. zu kauf. ges. Ang. unt. 69 a. d. Exp.

1 feldgr. Sportmantel, 4000 M., 2 helle Anzüge, 5 u. 6000 M., Gr. 168, zu verkaufen.
Kaserne Block 1. Zimmer 33.

Autoway
(wie neu) zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped

1 P. Langstiefel,
Größe 42, gut erhalten, zu verkaufen Kreuzstr. 3, 1 Tr.

Klubsessel, Sofas, Chaiselongues verkauft
E. Bernhardt,
Werkstatt für Polstermöbel, Gotthardtstraße 42, 1 Tr

Zu verkaufen:
6 eich. Lederstühle, 1 eis. Leutebettstelle m. Auflegematratze, 1 Liegestuhl.
Geffnerstr. 6.

2 Geigen
zu verkaufen
Delgrube 15, Hth., 2 Tr.

Zu verkaufen:
Großes Bücherregal, Stehschreibpult, größerer Tisch, eiserne Kinderbettstelle mit Matratze, Kleiderecke, Messingstangen f. Treppenläufer, 2 Petroleumlampen, 2 Armleuchter, Spirituskplatte.
Domstraße 15, 1 Tr.

Kinder-Holländer
für 2000 Mk. zu verkaufen. Näheres in der Exp. d. Bl.

Neuer Peddigrohr-Promenadenwagen gegen Schweinefutter
zu vertauschen
Neu-Rössen, Pfalzstr. 45.

Empfehle billigst:
Pa. Hammelfleisch, Pa. Rindfleisch, ff. hausschl. Wurst.
Sternberg, Leunaer Str

Formulare für Kosten-Anschläge
(Handschrift und Schreibmaschine)
hält vorrätig
Buchdruckerei Th. Rößner,
Merseburg, Kl. Ritterstr. 3.

Jung. Bäckergeselle
sofort gesucht
Hallesche Straße 27.

Jüngeren
Elektromonteur
(selbständig und flott arbeitend) wird eingestellt. Ang. u. 71 an die Exp. d. Bl.

Für mein Manufaktur-, Modewaren-, Herren- u. Damen-Konfektions-Geschäft suche ich für Ostern 1923
einen Lehrling
mit guten Schulkenntnissen
Zu melden mit selbstgeschriebenem Lebenslauf.
H. Laiza, Neumarkt 18.

Donnerstag morgen 1/7 Uhr verschied nach langen, schweren Leiden unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin, Tante und Kousine

Frl. Lina Haentzschel

im fast vollendeten 26. Lebensjahre.
Dies zeigt schmerzerfüllt an
Familie Haentzschel.
Merseburg, den 3. November 1922.
Kleiststr. 9 III.
Die Beerdigung findet Montag nachmittag 3 Uhr von der Kapelle des Stadtfriedhofes aus statt.

Am 1. November verschied plötzlich und unerwartet meine liebe Frau und treusorgende Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin

Magdalena Nauber

geb. Hauck im 25 Lebensjahre. Dies zeigt in tiefer Betrübnis im Namen der Hinterbliebenen an
Arno Nauber.
Oberbeuna, den 2. November 1922.
Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittag 3 Uhr statt.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen Lieben für die Spenden und schönen Kränze unseren innigsten Dank. Besonderen Dank der Direktion der Beuna er Kohlenwerke für die hochherzige Hilfe und warmes Beileid, auch allen lieben werten Beamten des Werkes sowie seinen lieben Kameraden von der Grube, die ihn zur letzten Ruhe geleitet haben unseren innigsten Dank. Dank Herrn Pastor Kitzig für seine trostreichen Worte am Grabe sowie Herrn Kantor Kuntze und der Schuljugend für den schönen Gesang.
Tieferschüttert nochmals dankend allen Lieben, die ihn im Tode beehrt haben:

verw. Frieda Franke
nebst Kindern, Eltern, Schwiegereltern und Geschwistern.

Frankleben, Merseburg, den 3. 11. 1922.

Sonntag den 5. Novbr. 1922 (Reformationsfest).
Gesammelt wird eine Kollekte f. d. Gustav-Adolf-Stiftung.
Die Kirche ist geheizt.
Es predigen:
Dom. Vorm. 10 Uhr: Superintendent Bithorn.
Im Anschluß Beichte und heiliges Abendmahl.
Vorm. 11½ Uhr: Kindergottesdienst.
Nachm. 5 Uhr: Gustav-Adolf-Feier.
Zugafrauen-Verein des Vaterländischen Frauen-Vereins (Geffnerstr. 1) Sonntag abd. 1/2 8 Uhr Versln.
Donnerstag abends 8 Uhr Bibelstunde in der Herberge zur Heimat. Diakonus Wütthe.
Frauenhilfe Mittwoch nachm. 3½ Uhr Versammlung im Seminar.
Stadt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Riem.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst. Pastor Riem.
Ev. Männer- und Jugendverein.
Sonntag 8 Uhr: Versammlg. A. d. Geisf. 5, Herr Klos. Vortr.: „Merseburg. Zauberlyr." Herr Prof. Wedding.
Donnerstag 8 Uhr: Bibelst. A. d. Geisel 5. P. Jentzsch
Ev. Mädchenbund St. Maximi.
Dienstag Chorgesang fällt aus.
Mittwoch 8 Uhr: Versln. a. d. Geisel 5. Pastor Riem.
Neumarkt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Bolt.
Im Anschluß Beichte und heiliges Abendmahl.
Vorm. 11½ Uhr: Kindergottesdienst.
Montag 8 Uhr: Konfirmierte Söhne im Pfarrhause.
Dienstag 4 Uhr: Monatsversammlung der Frauenhilfe im Pfarrhause.
Donnerstag 8 Uhr: Mädchenverein St. Thomae im Pfarrhause.
Altenburg. Vorm. 10 Uhr: Pastor Jentzsch.
Frauenhilfe am Montag fällt aus.
Meuschau. Vorm. 8 Uhr: Gottesdienst. Pastor Jentzsch.
Rössen. Vorm. 9 Uhr: Gottesdienst.

Landeskirchliche Gemeinschaft.
Versammlungs-Lokal: Herberge zur Heimat (Eingang Brauhausstr. 1 Tr.)
Sonntag 8 Uhr: Evangelisations-Vortrag.
Mittwoch 8 Uhr: Bibelbesprechstunde.

Christliche Versammlung Blanckestraße 1.
Sonntag 8 Uhr: Bibelstunde.
Donnerstag 8 Uhr: Bibelstunde.

Katholische Gemeinde.
Sonnabend 4—7 Uhr und 8—9 Uhr: Beichtgelegenheit.
Sonntag von 6½ Uhr an: Beichtgelegenheit.
7½ Uhr: Frühmesse mit Predigt.
10 Uhr: Hochamt mit Predigt.
Nachm. 2½ Uhr: Andacht.
Rössen. 1/2 8 Uhr: Frühmesse in der Schule.
7/4 11 Uhr: Hochamt mit Predigt in der Kirche.
Naumdorf. 8 Uhr: Gottesdienst mit Predigt.
3/4 11 Uhr: Gottesdienst mit Predigt.

Volksbibliothek Knabenmittelschule Schulstr. 3
Geöffnet Sonntags von 11½—12½ Uhr.

Tagesordnung
zur außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung
am Montag, den 6. November 1922, abends 6 Uhr, im alten Rathaus, Burgstraße 1.

1. Entlastung der Rechnung der städtischen Pfandleihanstalt für 1920.
2. Verstärkung des Titels III Ziffer 5 des Nahrungsmittelunterfuchungsamtes um 30 000 Mk.
3. Erhöhung der Verpflegungssätze des städtischen Krankenhauses.
4. Umbildung der städtischen siebenstufigen Volksschulen in 8-klassige Schulen.
5. Erhöhung der Freibankgebühren.
6. Beschlußfassung über den 1. Nachtrag zur Wertzuwachssteuerordnung.
7. Erhöhung der Wohnungsbauabgabe.
8. Ausbau der verlegten Naumburgerstraße.
9. Aenderung der Besoldungsordnungen auf Grund des Eintrufhs des Regierungspräsidenten und der Festsetzung der planmäßigen Stellen.

Geheime Sitzung.

Merseburg, den 1. November 1922.
Der Stadtverordneten-Vorsteher.
Junker.

Kleinkunstbühne
Neues Schützenhaus.
Dir. H. Eisenberger.
Täglich 8 Uhr das große Novbr.-Programm.
Erstkl. Kabarettkünstl.
Jeden 4. Tag Programmwechsel.

Preis-Skat
Zum Merseburger Raben.
Sonnabend . . . 8 Uhr.
Sonntag . . . . 3 Uhr.

Funkenburg.
Sonntag, den 5. Nov., von nachm. 3 Uhr an
groß. Ball.

Löpitz.
Sonntag, d. 5. Novemb u. Montag, d. 6. Novemb. von nachm. 3 Uhr an
Kirmesball.
Es ladet freundlich ein
Albert Schmidt.

Hotel Kurhaus Bad Dürrenberg
Inh. Karl Seella.
Sonntag, den 5. Novbr.
Großstadt-Ball!
Neueste Tänze Anf 4 Uhr

Licht-C.T.-Spiele
Halle S. Riebeckplatz.
Lachsalven ohne Ende!
Gastspiel Dir. Willi Schur
mit seinem erfolgreichen Ensemble
Der bengalische Tiger
Ein toller Schwank in 1 Akt nach Brisebarre und Marc. Michel
Ferner:
Alexander Dumas Roman
Der Graf von Monte Christo
Der gewaltige Schlußteil:
Schuld und Sühne
Anschluß Fernsprecher 5124 Operetten-Theater
Am Riebeckplatz Theater-Lichtspiele

Prima Pflaumenmus
(selbsteingekocht)
verkauft morgen auf dem Wochenmarkt
Gaudernack.
Papier oder Gefäß mitbringen!

Seifen und Waschartikel
steigen täglich im Preise!
Sie kaufen noch vorteilhaft, wenn Sie Ihren Bedarf an
Toilette-Seifen * Kernseifen
sowie sämtlichen Wasch-Artikeln
bald decken.
Beeilen Sie sich und kaufen Sie im
Seifen-Spezial-Geschäft
Franz Schneider,
Roßmarkt 2. Roßmarkt 2.

Männer-Turnverein.
Sonnabd., den 4. Nov., abds. 1/2 9 Uhr im „Bergschlößchen"
Sing-Stunde
Neu-Anmeldungen erw.
Sonntag, den 5. Nov. abds. 8 Uhr ebendaselbst
Vereins-Abend mit Damen.
(Liederbücher mitbringen).

Kaufe
Sonnabend, den 4. in Merseburg, im Hotel Goldne Sonne, 1 Tr., Zimmer 2, von 8—2 Uhr
alte Zahngebisse
zu allerhöchsten Preisen. Zahle für einen Zahn bis 500 Mk. Hartenstein.

Einen jüngeren
Geschirrführer
sucht B. Fröbel, Kantine Königsmühle.

Saubere Frau
zum Reinigen der Geschäftsräume sofort gesucht
Gotthardstr. 42, Laden

Foxterrierhund zugelaufen.
Gegen Erstattg. der Insu und Futterkosten abzuholen
Bäckerei Altenbdorf.

Ich warne hiermit jedermann meiner Frau auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich keine Zahlung leiste.
Gustav Frauendorf.

Verloren
an Geld und Geldeswert hat ein Jeder, der seine Rohprodukten nicht nach
Gr. Sixtistr. 11
bringt. — Dortselbst erhält man für:
Lumpen, Knochen, Eisen, Papier, Felle, Alt-Metalle (gegen Ausweis)
nur die
höchst. Tagespreise.
Aug. Ackermann.

Beth's Gesellschaftshaus.
Sonnabend, den 4. und Sonntag den 5. Nov.
Große Haus-Kirmes!
Im Cafe an beiden Tagen urfidele Musik.
Gastspiel des beliebt. Stimmungsmachers Paul Hause
Im Saale Sonntag nachm. von 4 Uhr an
Konzert des bestrenommiert. Seifert-Orchesters aus Halle.
Nach dem Konzert **Großer Kirmes-Tanz.**
Helle Musik, nur die allerneuesten Schlager u. Tänze.
Zwischendurch Uebertraschungen aller Art.
Einlagen erstklassiger Künstler und Künstlerinnen.
Kirmeskuchen, Gänse- und Hasenbraten 2c. 2c.
Jeder komme, jeder amüsiert sich.
Ergebenst ladet ein Richard Beth.

Klause (Bauernstube)!
Weiße Mauer 38. — — Weiße Mauer 38.
Freitag, Sonnabend und Sonntag
Konzert!
Freitag, Sonnabd., Sonntg. Bier z. alten Preis.
Es ladet ein Der Wirt. Hermann Fehse.

Achtung! Achtung!
Cröllwitz. Ortskirmes
wird im **Gasthaus zu Daspig** gefeiert.
Sonntag, den 5. 11., von 3 Uhr und Montag, den 6. 11., von 7 Uhr ab **Ball!**
Es ladet ein Der Wirt.

Zur Kirmes in Creypau
Sonntag von 3 Uhr an
Montag von 8 Uhr an **Tanz**
ladet freundlichst ein Teichmann.

Reipisch
Sonntag und Montag, den 5. u. 6. November,
Kirmes
Von nachmittags 3 Uhr an
Ballmusik
Es ladet freundlichst ein H. Nagel.

Burgstaden.
Am 5. und 6. November, von nachmittags 3 Uhr an
Kirmes
Es ladet ergebenst ein Rich. Schiller.

Imker!
Nach Eingang des Geldes werden sofort 3 Pfd. Zucker pro Volk geliefert. Kosten rund 80 M pro Pfd. Betrag sofort bei Herrn Rittertisch einzahlen. Imkerverein Merseburg u. Umgegend.

Optikermstr. Fischer
Alt Markt
MERSEBURG, Markt 24,
Fachmann für wissenschaftlich richtige Augengläser
Erstes optisches Spezial-Geschäft am Platze.

Preise für markenfreies Gebäck
Brot 1900 gr . . 350.— Mk.
1 Brötchen . . . 10.— Mk.
Bäcker-Innung Merseburg

Sofort vertilgt unter Garantie samt Brut und Nissen Kopf-, Kleider- u. Filz- **Läuse** gesetzl. gesch. **Kampolda** bei Mensch u. Tier s. Wunden unschädl. **Wanzen**
Verkauf nur bei:
Ritter-Drogerie Werner Mahlfeld, Merseburg.

Tücht. Hausmädchen
gesucht.
Frau Doblowitz, Entenplan.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319221103-15/fragment/page=0004

810facher Papierpreis.

Der Waggon 1 620 000 Mark.

(Friedenspreis 2100 Mark.)

Heute erfahren die deutschen Zeitungen endlich, was sie im November für das Druckpapier zu bezahlen haben — nachdem sie selber ihre Bezugspreise für diesen Monat längst haben festsetzen müssen. Das Ergebnis ist niederschmetternd! Die überall vorgenommenen Erhöhungen der Abonnementspreise erweisen sich als völlig unzureichend gegenüber einer solchen wahnwitzigen Papierverteuerung. Denn die jetzt festgesetzten Bezugspreise für November werden nach dem Papierpreis berechnet, der am 16. Oktober mit 990 000 M (gegenüber 880 000 M in der ersten Oktoberhälfte) festgesetzt worden war. An einen Preis von 1,6 Millionen hat damals kein Mensch gedacht. Wir erhalten über die Verhandlungen folgenden Bericht:

Wb. Berlin, 2. Nov. Nach vielstündigen Verhandlungen über den Druckpapierpreis für November erklärte der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums einen Preis von 187 Mark abzüglich einer auf etwa 25 M je Kilogramm zu bemessenden Rückrechnung der Holzstoff- und Zellstoffverbände als angemessen. Somit müssen die deutschen Zeitungen mit der Tatsache rechnen, daß die Doppelladung Papier vom 1. November ab 1 620 000 M kostet. Das bedeutet nahezu eine Verdoppelung des ursprünglichen Oktoberpreises und übersteigt den in der zweiten Oktoberhälfte bereits außerordentlich erhöhten Preis um über 600 000 M. Die Zeitungsverleger erklärten, sie könnten diese Verantwortung für die Preisbemessung nicht übernehmen, ohne daß dadurch allerdings das Endergebnis der Verhandlungen wesentlich verändert sein dürfte. Somit hat der Druckpaierpreis das 810fache des Friedenspreises erreicht.

Bei solchen Preisen, die durch entsprechende Einnahmesteigerungen gar nicht ausgeglichen werden können (was müßte da das Monatsabonnement kosten?), läßt sich der Ruin der deutschen Presse mit mathematischer Genauigkeit vorausberechnen. Die Regierung hat freilich schon im Juni ihre Sympathie mit der Lage der deutschen Zeitungen ausgesprochen, sie hat auch energische Hilfe zugesagt. In Wirklichkeit rührt sich keine Hand, wenigstens nicht da, wo es not täte. Es ist die unsinnige Überspeigerung der Holzpreise, unter der die Zeitungen zusammenbrechen. Vor dem Kriege kostete der Raummeter Papierholz 10 M, heute bereits über 10 000 M, also mehrals tausendmal so viel als früher. Die gleichen Regierungen, die oft in schönen Worten über die Bedeutung der Presse überfließen, richten sie selbst zugrunde, indem sie aus ihren riesigen Waldbeständen das Papierholz manchmal zum Dollarkurse, manchmal noch zu höheren Preisen verkaufen.

Nun wird es aber Zeit, daß die deutschen Zeitungen einmütig zusammentreten und ein Halt gebieten. Es gibt einen Weg, auf dem das Papier verbilligt werden kann: man muß die Waldbesitzer, also vor allem die Länder, zwingen, den Teil des Holzes, der zu Druckpapier verwendet wird, zu einem erträglichen Preis an die Fabriken abzugeben; auch ein solcher Preis läßt ihnen wahrlich noch Gewinn genug. Und da die Reichsregierung nichts tut, müssen endlich die Zeitungen selber handeln und Beschlüsse fassen, die dem Ernste der Lage angemessen sind.

Um das Schicksal des Memellandes.

Für das Selbstbestimmungsrecht.

Die reichsdeutschen Memelländer veranstalteten dieser Tage in Tilsit eine Kundgebung für ihr altes Heimatland. Die nach Tausenden zählende Versammlung nahm einstimmig nachfolgende Entschließung an, die inzwischen mit einer Begründung den maßgebenden Stellen des In- und Auslandes übermittelt worden ist.

„Wiederholt ist den Bewohnern des Memelgebietes von der Besatzungsbehörde die Versicherung gegeben worden, daß über ihr Geschick von den alliierten Mächten nicht entschieden werden wird, ohne daß der Wille der Bevölkerung selbst gehört worden ist. Der Wille der Bevölkerung kann nur durch eine Volksabstimmung nach denselben Grundsätzen wie im südlichen Ostpreußens, in Oberschlesien und in Nordschleswig ermittelt werden. Wir fordern daher vor der Entscheidung über das künftige Geschick des Memelgebietes eine freie Volksabstimmung der Bewohner des Gebietes und der geborenen Memelländer — eine Volksabstimmung, die die Rückgabe des Gebietes an Deutschland, zu der die alliierten Mächte nach dem Friedensvertrag unzweifelhaft berechtigt sind, nicht ausschließen darf."

In der Begründung heißt es: „Fast vier Jahre sind seit dem Weltkriege verflossen. Europa ist neu eingeteilt, aber die Zukunft des Memelgebietes ist noch immer vom Dunkel der Ungewißheit erfüllt. Man hat den Eindruck, daß der Oberste Rat der Siegerstaaten in größter Verlegenheit darüber ist, was er mit diesem Landstreifen anfangen soll, ob er ihn Litauen zuteilen oder ob er ihm eine eigene Existenz als Freistaat geben soll. Das Deutschtum des Memellandes, das 98 v. H. der Bevölkerung in sich vereinigt, ist durch die Verhältnisse genötigt, sich mit dem Freistaatgedanken abzufinden, nicht, weil diese Lösung als zweckmäßig und gerecht, sondern weil sie von den zu wählenden Übeln als das kleinste empfunden wird. Die einzige Lösung, die den Grundsätzen des Rechts und dem von den Alliierten und von Amerika laut verkündeten Gedanken vom Selbstbestimmungsrecht der Völker entspricht, wäre die, wie im südlichen Teile Ostpreußens, in Nordschleswig und in Oberschlesien, so auch im Memelgebiet eine freie Volksabstimmung der dortigen Bevölkerung und der geborenen Memelländer vorzunehmen und gemäß dem Ausfall dieser Volksabstimmung zu verfahren. Dabei darf die Frage der Rückkehr des Gebiets zu Deutschland nicht ausgeschlossen sein. Man wende nicht ein, die Bevölkerung habe durch nach Paris gesandte Vertreter ihren Willen kundgetan, ein Freistaat unter französischer Oberhoheit zu werden. Solche Äußerungen sind von der französischen Besatzungsbehörde in Szene gesetzt. Der Wunsch der Bevölkerung, zu Deutschland zurückzukehren, darf vor französischen Ohren nicht laut werden; wer ihn im Memelgebiet äußert, ist sicher, aus dem Lande verwiesen zu werden und Hab und Gut zu verlieren. Da somit der Mund der Bevölkerung des Memelgebiets selbst verschlossen und geknebelt ist, erheben wir, die geborenen Memelländer und die Bewohnerschaft Tilsits, als nächste Verwandte und Nachbarn des Gebiets in letzter Stunde vor der Entscheidung über das Geschick desselben bei der Welt laut den Ruf gegen die Vergewaltigung des Memelgebiets, gegen die Fälschung seines Willens, gegen Bedrückung und Ungerechtigkeit. Wir fordern, daß endlich eine Atmosphäre des Friedens, der Freiheit und Gerechtigkeit in Europa einkehre und daß der Wille der Bevölkerung geachtet werde."

Wichtiges vom Tage.

Die Gemeinderatswahlen in England und Wales verzeichnen ein starkes Anschwellen der konservativen Stimmen; die Arbeiterpartei hat dagegen schwere Verluste erlitten. Die englische Presse hebt die Bedeutung dieser Resultate im Hinblick auf die bevorstehenden Parlamentswahlen hervor. Es darf jedoch dabei nicht übersehen werden, daß die Gemeinderatswahlen in England in der Hauptsache als politisch angesehen werden.

*

Mussolini hat das Abschiedsgesuch des deutschfreundlichen Botschafters in Berlin Frassati sofort genehmigt, während er dem Botschafter in Paris, Grafen Sforza, den Erfinder der berüchtigten Sforzalinie in Oberschlesien in einem höchst ungnädigen Telegramm sein Mißvergnügen über dessen Abschiedsgesuch zu erkennen gegeben hat. Diese verschiedene Behandlung spricht Bände. Allerdings läßt auch die Art der Behandlung, die Mussolini dem Grafen Sforza hat angedeihen lassen, außer Zweifel, daß dem neuen Herrn Italiens der Erfolg allzu sehr in den Kopf gestiegen ist.

*

Zwischen den Beamtenorganisationen und dem Vertreter des Reichsfinanzministeriums ist eine Einigung über die Novembergehälter der Beamten erzielt worden, die allerdings von den Beamtenorganisationen nur als vorläufig angesehen wird. Nach den Vereinbarungen soll der Teuerungszuschlag zu Grundgehalt, Ortszuschlag und Kinderzulagen, der bis zum 17. Oktober 3 Prozent, vom 17. Oktober ab 11 Prozent betrug, um 38 Prozent, d. h. also auf 49 Prozent erhöht werden. Diese Erhöhung wird eine 25prozentige Erhöhung der Gesamtbezüge ergeben. Die Frauenzulagen werden nicht erhöht werden. Die neue Ordnung wird dem Reichsrat unverzüglich zugehen und soll schon am Montag den 6. November dort beraten werden.

*

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Anfrage im Reichstag eingebracht, in der die Regierung gefragt wird, ob die zuständige Stelle die Genehmigung zur Ausfuhr des Diadems erteilte, das der ehemalige deutsche Kaiser als Brautgeschenk nach bisher unwidersprochenen Nachrichten in Berlin habe anfertigen lassen und das einen Wert von mehreren Hundert Millionen Mark habe. Falls um die Ausfuhrgenehmigung nicht ersucht worden sei, wird gefragt, ob die Reichsregierung Auskunft über den Verbleib des Schmuckstückes erteilen könne und welche strafrechtlichen Maßnahmen sie zu ergreifen gedenke, wenn das Wertobjekt ohne Erlaubnis über die Grenze des Reiches gebracht werden würde.

*

Gestern abend fand beim Reichskanzler anläßlich der Anwesenheit der ausländischen Finanzsachverständigen ein Bierabend statt. Die Herren hatten der Einladung Folge geleistet. Von der Reichsregierung waren die Mitglieder des Kabinetts, mehrere Staatssekretäre, ferner verschiedene Parlamentarier aus der Finanzwelt, der Präsident der Reichsbank und die Direktoren der führenden Banken, ebenso aus der Industrie eine Reihe führender Persönlichkeiten erschienen.

*

Die Inhaberin eines Lebensgeschäftes in Charlottenburg war so tief gesunken, daß sie eine Liste zu Spenden für den wegen Beihilfe zum Rathenaumord zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilten Techow auslegte. Für die Verwirrung aller sittlichen Begriffe ist es kennzeichnend, daß Gelbjunden auf diese Liste gemacht worden sind. Gegen die Ladeninhaberin ist ein Verfahren wegen Vergehens gegen Ziffer 3 des § 7 des Gesetzes zum Schutze der Republik eröffnet, die Zeichnungsliste und das gesammelte Geld ist beschlagnahmt worden.

*

Am 1. November hat ein Junkers-Metallverkehrsflugzeug, und zwar ein Flugzeug, das ständigen Dienst tut, mit 6 Personen den Großglockner und den Großvenediger überflogen. Die Leistung ist um so bemerkenswerter, als starke Sturmböen den Flug erschwerten. Trotz aller Schikanen der Entente bleibt der deutsche Wagemut ungebrochen.

*

Der Dollar erreichte am Börsenvortage den Stand von fast 5000. Das ist der höchste Stand, unter dem wir bisher gelitten haben. Am den heutigen Morgenmeldungen ersichtlich ist, ging diesmal die Berliner Börse der Newyorker mit über 200 M voran. Ein Zeichen für die völlig unbeherrschte Nervosität in deutschen Börsenkreisen.

Volkswirtschaftliches.

Notierungen vom 2. November.

Die deutsche Mark — Pfennige im Dollarn.

Festgestellt auf Grund der amtlichen Berliner Devisenkurse.

In:	2./11.	1./11.	In:	2./11.	1./11.
Holland	0,09	0,1	England	0,09	0,1
Belgien	0,2	0,3	Amerika	0,1	0,1
Norwegen	0,1	0,1	Frankreich	0,2	0,2
Dänemark	0,1	0,1	Schweiz	0,1	0,1
Schweden	0,09	0,1	Spanien	0,08	0,1
Italien	0,3	0,4	Tschechoslowakei	0,4	0,5

Warenmarkt.

Amtliche Notierungen der Berliner Produktenbörse.

Weizen, märkischer 10 600—10 800, schlesischer 10 450—10 550, mecklenburgischer 10 700—10 800, steigend; Roggen, märkischer 9500 bis 9750, pommerscher 9500—9600, schlesischer 9400—9600, mecklenburgischer 9500—9700, sehr fest; Gerste (Sommergerste) 9900—10 400, fest; Hafer, märkischer 10 700—10 950, pommerscher 10 600—10 950, schlesischer 10 500—10 600, ostpreußischer 10 400—10 500, fest; Mais (ohne Provenienzangabe) loko Berlin 10 200—10 300, frei Hamburg 9700, sehr fest; Weizenmehl 28 000—30 500, feinlies höher, sehr fest; Roggenmehl 25 500—28 000, sehr fest; Weizenkleie 5400—5600, steigend; Roggenkleie 5400—5600, steigend; Raps 14 500—15 500, fest; Viktoriaerbsen 17 000—18 500; Kleine Speiseerbsen 16 500—17 000; Peluschken 12 000 bis 13 000; Wicken 16 000—18 000; Blaue Lupinen 9000—10 500; Gelbe Lupinen 11 300—12 000; Serradella 24 000—27 000; Rapskuchen 6300 bis 6500; Trockenschnitzel, prompt 4800—5000; Zuckerschnitzel 5800 bis 6000; Tormelasse 3800.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.).

Stroh und Heu.

Im nichtamtlichen Verkehr der Berliner Produktenbörse wurden folgende Preise notiert: Weizen-, Roggen- und Haferstroh, drahtgepreßt, sowie gebundeltes Roggenlangstroh 2500—2600; Heu, gutes 1500 bis 1600; bo. handelsübliches 1450—1500.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.).

Viehmarkt.

Leipziger Schlachtviehmarkt.

Auftrieb: 276 Rinder, 45 Ochsen, 41 Bullen, 38 Kalben, 152 Kühe, 485 Kälber, 460 Schafe, 753 Schweine, zusammen 1947. Preise für 50 Kilo Lebendgewicht: Ochsen 1. Kl. 19 500—20 000, 2. Kl. 16 000 bis 19 500, 3. Kl. 13 000—19 500, 4. Kl. 10 000—13 000; Bullen 1. Kl. 16 000—17 000, 2. Kl. 14 000—16 000, 3. Kl. 12 000—14 000, 4. Kl. 10 000 bis 12 000; Kühe 1. Kl. (Kalben) 19 500—20 000, 2. Kl. 19 500—20 000, 3. Kl. 15 000—19 500, 4. Kl. 11 000—15 000, 5. Kl. 8000—11 000; Kälber 1. Kl. 19 000—19 500, 8. Kl. 16 000—19 000, 4. Kl. 14 000—16 000; Schafe 1. Kl. 17 000—18 000, 2. Kl. 13 000—17 000, 3. Kl. 8000—13 000; Schweine 1. Kl. 41 000—41 500, 2. Kl. 41 500—42 000, 3. Kl. 32 000 bis 41 000 4. Kl. 25 000—32 000, 5. Kl. 25 000—32 000. Geschäftsgang: Rinder langsam, Kälber gut, Schafe langsam, Schweine langsam. Überstand: Rinder 16 (davon 8 Ochsen, 18 Kühe), 88 Schafe, 195 Schweine.

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Stallpreise

Dollar über 4900.

Auch heute war vom Börsenvorstand jeder Effektenhandel — auch im freien Verkehr — untersagt. Soweit im Verkehr von Büro zu Büro festzustellen war, dürfte für morgen wieder mit einer sehr festen Börse zu rechnen sein, da auch der Auftragseingang von seiten des Publikums unvermindert andauert. Besonders große Kaufaufträge liegen in den Favoritpapieren vor, so in Rheinmetall, Rheinstahl — hier scheinbar auf ausländische Rechnung — dann in kleineren Werten, wie Mansfelder, Deutsche Werke, Bremen-Besigheimer Öl, Deutsche Gasglühkugel, Schuckert und vielen anderen. Die Banken waren größtenteils nicht in der Lage, gestern sämtliche Aufträge auszuführen, bei einzelnen Banken ist die Hälfte aller Aufträge — vereinzelt sogar noch mehr — liegen geblieben. Am Devisenmarkt wurden heute lediglich die Wechselkurse notiert, eine Kursfestsetzung für Banknoten fand nicht statt. Die Haltung der Wechselkurse war heute sehr fest. Vorsichtig begann der Dollar mit 4725 und stieg bei sehr geringem Geschäft bis auf über 4900. Der amtliche Kurs für Kabelanzahlung New-York stellte sich auf 4925,15 G., 4949,85 B.

Auf Koltenhausen.

Original-Roman von E. Krickeberg.

60. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Vom Schloß kam ein Diener mit der Meldung, daß die Frau Gräfin zu einem kleinen Imbiß bitten lasse. Die Damen machten sich sofort auf den Weg, während Detlef sich im Vorbeigehen nach rasch einen neu angelegten artesischen Brunnen von Reimar zeigen lassen wollte.

Plötzlich vermißte Gundula ihre Handschuhe und Elisabeth kehrte um, sie zu holen. Die Komtessen schritten langsam weiter und bald gesellten sie sich wieder die Herren zu ihnen. Als sie über die Abwesenheit Fräulein Schmitters aufgeklärt wurden, sagte Detlef seelenruhig: „Ich habe die Handschuhe eingesteckt, sie wird vergebens suchen."

„Dann müssen wir sie benachrichtigen", sagte Gundula eifrig. „Bei ihrer Gewissenhaftigkeit wird sie alles um und um kehren."

„Da will ich nur gehen, ich habe die längsten Beine", erklärte Detlef, obwohl Reimar ebenso groß war wie er. Aber er beeilte sich nicht sehr.

„Sputen Sie sich ein bißchen, Detlef, sonst wird Mama ungeduldig", rief ihm Helmtraut nach.

Da Reimar sich natürlich sofort Gundula zugesellt hatte, folgten die beiden Schwestern in einiger Entfernung nach. Helmtraut war trotz des erhaltenen schönen Ringes mißmutig. „Weißt du, Vicky, ich habe das bestimmte Empfinden, daß Detlef den Ring eigentlich für die Schmitter bestimmt hatte. Das Verhältnis der beiden zueinander, die ewige Gespanntheit, die gereizte Stimmung ohne einen triftigen Grund ist sehr merkwürdig." Ihr, die selber liebte und um ihre Liebe gelitten hatte, bümmerte zuerst das Verhältnis für den Seelenzustand der beiden auf. Aber was sich da anzuspinnen schien, war das Todesurteil für ihre eigenen Hoffnungen.

„Du denkst doch nicht etwa, daß sie verliebt ineinander sind? Das wäre schlimm für sie beide. Die Schmitter ist gewiß nicht ein Mädchen, das seine Ehre hingeben würde, und heiraten kann sie Detlef doch nicht."

„Wenn Detlef sie liebt, wird er sie heiraten und lieber auf alles verzichten — du kennst ihn doch." Es klang sehr resigniert und Vicky preßte voll teilnehmender Liebe ihren Arm. „Es ist noch nicht so weit, Helmtraut, allen Mut sinken zu lassen."

Da richtete sich die Schwester energisch auf. „Ich bin auf alles gefaßt, Vicky. Eines Tages wird Detlef heiraten, und jedenfalls nicht mich. Wenn er das wollte, hätte er sich lange erklären können. Und dann ist mir die Schmitter immer noch lieber an seiner Seite, als irgendeine anmaßende und oberflächliche Standesgenossin. Die Hauptsache ist, daß sie ihn glücklich macht."

Detlef trat in die Laube, wo Elisabeth eben dabei war, die Maite auf dem Boden aufzuheben, um darunter nach den Handschuhen zu sehen.

„Suchen Sie nicht weiter, Fräulein Schmitter, die Handschuhe habe ich an mich genommen."

Sie richtete sich rasch aus ihrer gebückten Stellung empor und war vergebens bemüht, ihre unliebsame Überraschung zu verbergen.

„Man sieht Ihnen an, wie erfreut Sie über mein Kommen sind, und Sie werden sich noch mehr freuen, wenn ich Ihnen sage, daß ich die Komödie mit den Handschuhen absichtlich aufgeführt habe, um einen Augenblick ungestört mit Ihnen allein sprechen zu können."

Sie zwang sich gewaltsam zur Ruhe, obwohl ihr Herz hämmerte und eine ungewisse Angst ihre Brust beklommen machte.

„Erlaucht hätten das in Koltenhausen besser haben können, als hier auf fremdem Grund und Boden."

„Wie denn, wenn ich fragen darf? Hätte ich vielleicht in Ihr Zimmer bringen sollen? Sie besitzen ein bewunderungswürdiges Geschick, sich unnahbar zu machen. Bitte, setzen Sie sich." Er nahm selber Platz.

Elisabeth maß ihn mit einem Blick verständnislosen Staunens. „Erlaucht können nicht im Ernst eine längere Unterredung mit mir wünschen, während ich von Komtesse erwartet werde und mein Verweilen hier notgedrungen auffallen muß."

„Wenn Sie unter meinem Schutz verweilen, wird meine Schwester daran nichts auszusetzen finden."

„Komtesse Gundula wohl nicht, aber die Komtessen Ahlenstrom gewiß — und mit Recht. Ich befinde mich in der sehr peinlichen Lage, Erlaucht sagen zu müssen, daß ich mich lieber selber beschütze."

„Wozu Bombenelement, seien Sie nicht so widerhaarig! Sie spielen ein gefährliches Spiel!"

Sie war bei seinem heftigen Ausbruch bis in die Lippen erblaßt, aber ihre Gestalt reckte sich nur desto stolzer empor. Sie würde sich von seinem Ungestüm nicht einschüchtern lassen.

„Ich wüßte nicht, wie eine Angestellte des gräflichen Hauses auf die verwegene Idee verfallen könnte, ein Spiel mit Erlaucht treiben zu wollen. Den bloßen Gedanken weise ich mit Entrüstung zurück. Ich habe Komtesse gebeten, mich in Abwesenheit von Erlaucht entfernen zu dürfen, da meine Gegenwart Erlaucht unerträglich zu sein scheint. Da das aber, wie ich einsehen muß, nur selten durchführbar sein wird, so wird mir schließlich doch nichts anderes übrig bleiben, als Komtesse um meine Entlassung zu bitten, so schmerzlich mir das sein würde." Sie brauchte alle Kraft, um das mit äußerlicher Ruhe zu sagen, denn sein Blick nicht von ihr und in ihm stand etwas für sie Unenträtselbares, etwas, das an ihre Seele rührte und die zum Aufschluchzen bringen wollte.

„Ich werde mir jetzt erlauben, zu gehen", schloß sie, sich fluchtartig wendend. Da haschte er nach ihrer Hand und hielt sie fest.

„Fräulein Schmitter, find Sie so kindlich naiv — oder — etwas anders — daß Sie es nicht sehen, wie maßlos Sie mich reizen und quälen? Fünfmal in einem Satz sagen Sie das kalte, glatte Erlaucht, aber kein einziges Wort, das auf den Willen zu einer Verständigung hinweisen würde. Sie sind mir gegenüber gepanzert wie die eiserne Jungfrau. Und ich bin, wie ich Ihnen schon einmal sagte, keine geduldige Natur. Ich habe den dringenden Wunsch, mit Ihnen Frieden zu schließen, aber Ihr ewiges Widerstreben beweist mir, daß Ihnen daran nichts liegt. Wie wir bei meinem unglückseligen Temperament da ferner miteinander auskommen sollen, weiß ich allerdings nicht. Aber daß Sie, der gute Engel meiner Schwester, gehen, davon kann natürlich keine Rede sein. Dann lieber gehe ich."

„Um meinetwillen? Nie würde ich das zugeben. Ich bin Erlaucht nicht feindlich gesonnen, ich wehre mich lediglich gegen ungerechtfertigte Härten, wie ich mich ebenso gegen Freundlichkeiten, die mir zuteil werden würden, wehren würde. Wenn Erlaucht mich behandeln wollten wie andere Angestellte seines Hauses, mit deren Leistungen er zufrieden ist, würde ihm mein Benehmen keinen Grund zur Klage geben."

„Warum sagen Sie nicht lieber Dienerin meines Hauses? Lassen Sie doch die Farce, an die Sie selber nicht glauben. Sie sind für mich die Freundin der Komtesse Koltenhausen und ich hoffe, daß diese Vertrauensstellung nicht wertlos für Sie ist. Wie dem auch sei, ich möchte nur das eine von Ihnen wissen: Sie haben vorhin mit Absicht schlecht geschossen, um meinen Ring nicht zu gewinnen, trotzdem die Veranlassung eine völlig harmlose war — geschah es im Gedenken an einen — anderen Ring, den Sie vielleicht nur nicht öffentlich tragen?"

Sie verstand ihn nicht sofort, und als ihr zum Bewußtsein kam, daß er ebensogut geradeaus hätte fragen können, ob sie an einen anderen Mann gebunden sei, erschrak sie in tiefster Seele, und sie war viel zu sehr verwirrt, um sich über seine Indiskretion aufzuregen.

„Ich trage keinen anderen Ring als diesen hier", sie zeigte auf einen schönen, aber ganz schlichten, goldenen Reifen in Schlangengestalt an ihrem Finger. „Der stammt von meiner Großmama und er deckt für Geist meines Lebens eine Stelle, an der jahrelang ein anderer Ring saß, den ich abgelegt habe."

Sie sagte es ganz ruhig, weder schmerzbewegt noch eiglich, von dem unwiderstehlichen Drang getrieben, ihm so ehrlich die Wahrheit über sich zu sagen, wie er sie gefragt hatte — und damit er ein für allemal von ihr abließe. Es war wie ein Schuld, den sie vor sich hielt. „Ich werde nie mehr einen anderen Ring tragen."

Da ging wieder einmal wie Sonnenleuchten das seltene Lächeln über sein Gesicht, das sie an ihm liebte und fürchtete, und das sie heute beleidigen müssen, weil es die Antwort auf die Beichte von dem Unglück ihres jungen Lebens war, während es sie doch nur in eine neue Verwirrung stürzte.

„Ich danke Ihnen, Fräulein Schmitter! Und nachdem nun Klarheit zwischen uns herrscht, hoffe ich, daß wir künftig umstande sein werden, uns gegenseitig ohne weiteres Mißtrauen zu erteilen. Jetzt wollen wir, um Ihre Angste zu zerstreuen, sicherheitshalber nach dem Schloß gehen. Was ich noch von Ihnen hören möchte, können wir unterwegs verhandeln."

Sie mußte ihm genau berichten, was sich im Schloß ereignet hatte und sie schwankte wieder, ob sie ihm von dem Spuk erzählen sollte — aber das war ihre eigene Angelegenheit — was ging das ihn an!

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319221103-15/fragment/page=0005

Mittelstand in Not!

Gegen die hohen Gewerbesteuern. — Für festen Zusammenschluß!

Die öffentliche Protestversammlung gegen die Handel und Gewerbe erdrückenden Steuern im „Tivoli" hatte nur mäßigen Besuch aufzuweisen. Der Vorsitzende des Deutschen Handwerkerbundes Voigt-Berlin sprach über „Handwerk in Not". Schon oft hat das Handwerk sich in schwerer Not befunden, so besonders nach dem 30-jährigen Kriege, wo es durch straffe Organisation der Träger des Wiederaufbaues wurde. Nach jedem Kriege ging das Handwerk zurück. 1871 wurde die Gewerbefreiheit verkündet und den Künsten der Garaus gemacht. Der Weltkrieg hat dem Handwerk die schwerste Wunde geschlagen. Im Kriege erbielt nicht der Handwerksstand die Heereslieferungen, sondern die Großkapitalisten, für die der Handwerker arbeiten mußte. Das hat große Erbitterung in die Schützengräben getragen. Da rang sich der Gedanke durch, daß es ein anderes System geben müsse, in dem jeder Stand mitzureden habe und alle Stände gleichmäßig behandelt würden. Dadurch ist den Arbeitern der Umsturz leicht geworden. Aber die neue Regierung sorgte auch nur für die von ihr vertretenen Schichten. Nach dem unglücklich verlaufenen Kriege ist es natürlich schwer, die Wirtschaft wieder aufzubauen. Eine Regierung hat es nicht leicht, hier Besserung zu schaffen. Anstelle von Fachleuten hat man leider Parteigenossen gesetzt, die nun versuchen, ihre Parteitheorien in die Praxis umzusetzen. Der

schematische Achtstundentag,

der wohl für Großbetriebe angängig ist, schädigt das Handwerk ungemein. Dabei sollen wir Mehrproduktion leisten, denn nur diese kann uns wieder hochbringen. Das deutsche Handwerk stellt ungefähr ein Drittel der Gesamt-Inlandsproduktion. Ein großer Fehler war die Zahlung der Erwerbslosen-Unterstützung ohne richtige Kontrolle, dadurch hat unsere Produktion außerordentlichen Ausfall gehabt. Drohend hängt das Sozialisierungsgesetz über dem Handwerk, die Unsicherheit lähmt den Arbeitsmut, die Produktion geht zurück. Von der Sozialisierung der Börsen und Banken und der Großindustrie hat man Abstand genommen, da sich die Zeit dazu nicht eignet, aber in die meine Städteordnung bringt man die Möglichkeit, die Betriebe zu kommunalisieren. Was man auf geradem Wege nicht erreicht hat, das will man scheinbar auf krummen Wegen erreichen.

Durch die Steuergesetzgebung sucht man den Mittelstand zu erdrosseln. Nur fester Zusammenschluß kann dem Mittelstand zu seiner Erhaltung dienen. Auch in der Frage der Fortbildungsschule verbreitete sich der Redner in längeren Ausführungen, er wies besonders darauf hin daß es im Widerspruch zur Verfassung stehe, wenn der Meister das Schulgeld zahlen müsse. Nach der Verfassung sind Unterricht und Lehrmittel frei. Durch die Einbeziehung des Unterrichts in den achtstündigen Arbeitstag ist eine geregelte Ausbildung des Lehrlings unmöglich. (Die Unterrichtszeit zählt nicht zum Achtstundentag. D. Red.) Auch der Handwerkerbund steht fest auf dem Boden der Verfassung. Es geht doch aber nicht an, daß wir die Verfassung gegen Übergriffe einzelner Minister schützen müssen. Wir stehen vor einer sehr schweren Zeit, in der es vielleicht hart auf hart gehen wird, darum ist fester Zusammenschluß im Handwerk und gesamten Mittelstand notwendig. Wir müssen wie Brüder zusammenstehen, um für den Mittelstand zu kämpfen, denn sein Schicksal ist das Schicksal des Vaterlandes. Wird der Mittelstand entrechtet, so geht das Volk zurück und verschwindet, wie die Geschichte lehrt. Wenn wir zusammenstehen, dann werden wir ein Parlament und eine Regierung erhalten, die für den Mittelstand sorgt zum Segen des gesamten Vaterlandes.

Landtagsabgeordneter Menzel greift gleichfalls zurück auf die schweren Zeiten, die das Handwerk in früheren Zeiten durchmachen mußte. Auch damals wollte man mit theoretischen Maßnahmen helfen, während andere Schichten durch ihre Geschlossenheit viel erreicht haben, so z. B. die Landwirtschaft durch Schutzzollmaßnahmen, auch die Schwerindustrie hat sich auf ihren Vorteil verstanden. Die deutsche Wirtschaft geht restlos verloren, wenn der Mittelstand verschwindet. Die Erbitterung hinein durch das Handwerk kann nicht leicht verschmerzt werden. Wir haben

gegen die Zwangswirtschaft

gekämpft, die die kleinen Betriebe erdrückte, während sich die Großbetriebe damit abfinden konnten. Aber auch das Wuchergesetz, das ausgerechnet durch Anwendung gegen den Kleinhandel und das Gewerbe der Not steuern sollte, müssen wir ablehnen. Wir fordern den Wiederbeschaffungspreis. Der Staat braucht Geld, das verkennen wir nicht, auch nicht, daß wir nach einem verlorenen Kriege viel mehr Steuern zahlen müssen wie früher. Aber die Steuerlast darf nicht zur Überlast werden. Die jungen Leute verdienen zuviel Geld, während die Alten verhungern. Von einem sozialen Gedanken ist in der Steuergesetzgebung kaum noch eine Spur zu finden. Den Gemeinden hat der Staat die Einkommensteuer entzogen. Sie brauchen aber auch Geld und sind gezwungen, sich an die Gewerbesteuer zu halten, die vielfach eine Höhe erreicht, daß sie der Erdrosselung gleichkommt. Wir wollen dem Staate geben, was des Staates ist, und gleichfalls der Gemeinde. Aber wir wollen Gerechtigkeit. Die Reform der Gewerbesteuer läßt lange auf sich warten. Bei dieser Steuer müßte zunächst der Meisterlohn in Abzug gebracht werden, wenn es sich nicht ermöglichen läßt, dieser Sondersteuer ganz zu beseitigen. Wiederaufbauarbeit ist auch das, wenn man auf steuerlichem Wege für Gerechtigkeit Sorge trägt. Der Einwand, daß die Steuer längst zu einer indirekten Konsumentensteuer geworden ist, ist falsch. Der kleine Handwerker und Kaufmann hebt vielfach von der Hand in den Mund. Es gibt kein Einkalkulieren mehr in Waren, die man abgesetzt hat, wenn die Steuer mit rückwirkender Kraft kommt. Dazu kommt noch die Umsatzsteuer, während man sich mit der Luxussteuer betrauen kann. Viele Handwerker haben ein Einkommen unter dem Existenzminimum und müssen dann noch diese Sondersteuern zahlen, die sie sich buchstäblich vom Munde absparen. In der Verfassung wird der Regierung zur Pflicht gemacht, den Mittelstand vor Aufsaugung und gegen steuerliche Überlastung zu schützen. Der Regierung muß es ernst sein mit der Durchführung der Reichsverfassung.

Bleibt unsere Wirtschaft gesund, bleibt unser Vaterland erhalten.

Wir müssen Einfluß auf die Politik gewinnen, denn Politik ist heute Wirtschaft. Der eigentliche Souverän Deutschlands ist die Reparationskommission und die Ursachen unserer Zustände liegen in den Friedensverträgen. Wir müssen einig sein, und wenn die Regierung erklärt, wir können die Lasten nicht tragen, dann auch einig hinter der Regierung stehen, mag sie politisch orientiert sein, wie sie will. Dann werden wir wieder frei werden und diese Fesseln fallen. Und wenn uns alles trostlos erscheint, denken wir an die Zeit nach dem 30-jährigen Kriege, auch damals ist Deutschland wiederstanden durch den Handwerkerstand. Wir sind das stärkste Element in Deutschland und müssen den Glauben an die Zukunft haben!

Reicher Beifall lohnte die Ausführungen der beiden Redner.

Auf örtliche Verhältnisse kam Johann Bäckermeister Freiberger zu sprechen. Auch er vertrat die Ansicht, daß es doch unmöglich ist, Steuern für zurückliegende Zeiten einzukalkulieren, um so mehr, als es sich vielfach um gesetzlich festgelegte Preise handelt. Infolge der Nachtragsumlage ist eine neue Nacherhebung zu befürchten. Wenn aber der Mittelstand hier so weiter fällt, dann würden auch die fehlen, die sich für ihn einsetzen, den Mut verlieren. Leider lassen sich die Vertreter der Behörden bei derartigen wichtigen Versammlungen fehlen.

Rechtsanwalt Hannß wies darauf hin, daß bei der Steuerfestsetzung in Merseburg der Zusammenschluß der Mittelstandsorganisationen immerhin einen Vorteil erzielt habe. Er hoffe jedoch, daß man in diesem Jahr um ein fünftes Steuerviertelsjahr kommen werde, da die Gewerbesteuer durch die Geldentwertung ein bedeutend höheres Erträgnis bringen werde, wie das vorausgesehene Soll. Protest muß aber dagegen eingelegt werden, daß in den jetzt schon stellenweise ergangenen Veranlagungsschreiben die ehrliche Selbsteinschätzung als unbegründet beiseite geschoben und eine höhere Summe eingesetzt ist. Der Kampf eines einzelnen kann jedoch nichts ausrichten, nur feste Organisation kann Wandel schaffen. Die Gewerbesteuerordnung müsse besonders bei der Klassenneubildung unbedingt einer Neuregelung unterzogen werden. Auf Vorschlag des Redners wurde folgende Entschließung angenommen:

„Das preußische Gewerbesteuergesetz ist durch die Entwickelung, die die Wirtschaft genommen hat, längst überholt. Es stellt in seiner heutigen Auswirkung eine schwere Schädigung gerade der kleineren und mittleren Betriebe in Handel und Gewerbe und eine Sondersteuer dar.

Regierung und Volksvertretung, aber auch die Gemeinden in Preußen haben daher die unbedingte Pflicht, für sofortige Abänderung dieser Sondersteuer und für zeitemäße Gestaltung der gesamten Gewerbesteuergesetzgebung unter Beachtung der Lebensnotwendigkeiten von Handel und Gewerbe zu sorgen."

Nachdem Abg. Menzel nochmals den Wert des Zusammenschlusses und der Agitation hervorgehoben hatte, gab der erste Referent bekannt, daß am 22. November d. J. in allen deutschen Städten eine Protestversammlung geplant sei, bei der Handelsstand und Gewerbetreibende gegen die Steuerlast aufgerufen werden.

Namens des Handwerkerbundes, der Mittelstandsvereinigung und der Wirtschaftsvereinigung für Handel und Industrie dankte Schlossermeister Meister den Rednern und schloß die Versammlung. -m.

Vermischte Nachrichten.

100 000 M Belohnung.

Frankfurt a. M., 2. Nov. Auf die Ergreifung des Verbrechers, der den Raubmordversuch an dem amerikanischen Major Sauerwein begangen hat, sind insgesamt 100 000 M Belohnung ausgesetzt worden. Das Befinden des Überfallenen hat sich etwas gebessert, doch war seine Vernehmung noch nicht möglich.

Schwerer Museumsdiebstahl.

Worms, 2. Nov. Aus dem Paulusmuseum in Worms haben Einbrecher eine große Anzahl Gold- und Silbermünzen aus der spätrömischen und aus der Merowingerzeit, sowie goldene, silberne und bronzene Schmucksachen gestohlen. Der Wert der gestohlenen Gegenstände beträgt etwa 2 Millionen Mark.

Bauernfänger.

Berlin, 2. Nov. Einem Landwirt, der in Posen ein Gut verkauft hatte und das Geld in Berlin erhielt, wurde der Kaufpreis von 3 Millionen Mark von Bauernfängern abgenommen. Der Kriminalpolizei gelang es, diese jetzt auszukindig zu machen. Ein großer Teil des Geldes konnte wieder herbeigeschafft werden.

Explosion auf Bestellung.

Der Kriegsminister der Niederlande hat einer Kommission zur Untersuchung der Ausbreitung des Schalles bei Explosionen, die sich im vorigen Jahre gebildet hatte, mitgeteilt, daß an einem noch zu bestimmenden Tage auf dem Artillerieschießplatz von Oldebroek, südwestlich von Zwolle, 10000 Kilogramm Ammoniumperchlorat zur Explosion gebracht werden sollen. Der Hauptexplosion soll fünf Minuten vorher eine kleinere vorhergehen, bei der nur 500 Kilogramm Sprengstoff in die Luft fliegen werden. Aus Art und Geschwindigkeit des Fortschreitens der Erschütterungswellen durch die Luft, sowie durch die feste Gesteinskruste des Erdballs lassen sich bekanntlich wichtige Schlüsse auf deren Beschaffenheit in unerreichbaren Höhen bezw. Tiefen ableiten.

Hallesches Kunsttheater.

Stadttheater

Freitag, 3. Nov., 7½ Uhr: Margarethe. Oper von Ch. Gounod.
Sonnabend, 4. Nov., 7½: Polenblut. Operette von O. Nedbal.
Sonntag, 5. Nov., 1¾ Uhr: Geschloss. Vorstellung. Lohengrin.
Sonntag, 5. Nov., 7½ Uhr: Die Bohème. Oper von Giacomo Puccini.
Montag, 6. Nov., 7½ Uhr: Die versunkene Glocke. Märchendr. v. Hauptmann
Dienstag, 7. Nov., 7½ Uhr: Margarethe. Oper von Gounod.
Mittwoch, 8. Nov., 7½ Uhr: Der fliegende Holländer. von Wagner.
Donnerstag, 9. Nov., 7½: Die versunkene Glocke. Märchendr. v. Hauptmann
Freitag, 10. Nov., 7½ Uhr: Der Evangelimann. Musik. Schauisp. v. Kienzl.
Sonnabend, 11. Nov., 7½ Uhr: Peer Gynt. Dramat. Gedicht v. Ibsen. Musik von Grieg.
Sonntag, 12. Nov., 1½ Uhr: Geschlossene Vorstellg. Peer Gynt.
Sonntag, 12. Nov., 7½ Uhr: Margarethe. Oper von Gounod.
Montag, 13. Nov., 7½ Uhr: Die versunkene Glocke. Märchendr. v. Hauptmann

Häute und Felle
kauft zu besten Preisen
Gerberei Fischerstraße 3

Haarfarbe „Julco"
z. Selbstfärben das Beste
Zu hab.: Ritter-Drogerie.

Einen Posten
Ferkel und große Läufer
verkauft
Nachfol, Gr. Ritterstr. 12

Kleine Anzeigen haben den besten Erfolg im Merseby. Korrespondent.

Manchester-Joppen
modfarbig, ganz gefüttert, offene und geschlossene Fassons,
Loden-Joppen
warm gefüttert, in bester Verarbeitung empfiehlt noch sehr preiswert.
Loden- und Sporthaus **Hildebrandt**
Kleine Ritterstr. 13.

Möbel werden immer teurer!
Es empfiehlt sich daher, jetzt zu kaufen. Wir liefern ganze Wohnungseinrichtungen, Schlafzimmer, Speisezimmer und Herrenzimmer, schöne Küchen, sowie alle Arten einzelner Möbel
bei kleinen Teilzahlungen.
Große Ausstellung in 3 Etagen.
Kredite auch nach auswärts.
N. Fuchs, Möbelhaus, Halle a. S.
Große Ulrichstraße 58, 1., 2. und 3. Etage.

Ata
Bestes Putz- u. Scheuermittel
Unentbehrlich in Haus, Werkstatt, Fabrik.
HENKEL & CIE., DÜSSELDORF.

Kleine Anzeigen finden nachweisbar die best Verbreitung im „Merseburger Korrespondent". (Nebenausgabe „Schafstädter Zeitung.")

Bettwäsche
Nie wiederkehrende Gelegenheit!

Deckbettbezüge aus guten Stoffen	1400.—	1950.—	2025.—	usw.
Kissenbezüge in passenden Qualitäten	330.—	360.—	495.—	usw.
Bettlaken in allen Grössen und Breiten	790.—	850.—	1350.—	usw.

Handtücher — Tischtücher — Rolltücher — garnierte Kissen
Wäschestoffe. — Riesig billig. — Wäschestoffe.
Strenge reelles Angebot!
Sichern Sie sich durch Anzahlung gekaufte Waren zur spät. Abholung.
Berliner Bettwäsche-Fabriken
Verkaufsstelle Halle: Ludwig-Wuchererstr. 28.

Anzeigen für Schafstädt und Umgegend.
Teleph. 74. Geschäftsstelle und Anzeigen-Annahme: Buchdruckerei O. Brünner in Schafstädt. Teleph. 74.

Kleine Anzeigen
haben den besten Erfolg im Merseby. Korrespondent. (Nebenausg. Schafstädt. Ztg.)

Briefpapiere u. Briefkarten
in Kassetten, Mappen und lose, nur gute Qualitäten, sowie sämtl. Schreibmaterialien und Schulartikel empf. in anerkannt reichster Auswahl am Platze Buchhandlg. Otto Brünner Schafstädt.

Vorgeschriebene Formulare für
Unfall-Anzeigen
hält vorrätig
Buchdruckerei Th. Rödner, Merseburg, Kl. Ritterstr. 3.

Verein ehem. Merseburger Domschüler
zu Merseburg a. S.
Zusammenkunft
Sonntag, den 5. d. M., von 5—7 Uhr nachm., in Rühles Fremdenhof. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

Teichers Möbelhaus Halle a. S.
untere Gr. Steinstr. 82. i
empfiehlt billige Schlafzimmer mit echt. Marmor und Spiegel, Herren- und Speisezimmer, komplette Küchen, Plüschsofas, Chaiselongues, Schreibtische, Schränke, Vertikos usw.
Keine Ladenmiete, daher äußerst preiswert.

Schafstädt.
Sonntag, den 5. Novbr., nachmittags 5 Uhr
Kirchen-Konzert
Margn Pezold-Halle a. S. (Selana), Adolf Wiebers-Halle a. S. (Orgel).
Karten zu 25 M. in der Buchhandlung Brünner. An der Kirchenkasse erhöhter Preis.

Möbel-Thormann!
liefert noch preisw. Speise-, Schlafz., Küchen, Kleiderschr., Bett., Ausziehtische in Eiche und Nußb., Stühle, engl. Bettst. m. Drellmatr., Sofas, Chaiselongues, alles in gr. Ausw., neu u. gebraucht.
Besichtigung lohnend!
Otto Thormann, Halle a. S., Brüderstr. 14.

5 Min. vom Hauptbahnhof

Kupfer	per kg Mk.	600.—
Rotguß	per kg Mk.	400.—
Messing	per kg Mk.	320.—
Geschirr-Zinn	per kg Mk.	800.—1200.
Blei, Zink	per kg Mk.	230.—
Zeitungen, Bücher	per kg Mk.	30.—

Seller, Leipzig,
Reichsstraße 19 (Hof). Geöffnet von 7—7 Uhr, Sonnabends geschlossen.
Rückfahrt wird vergütet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319221103-15/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatl. 180 Mk. einschl. Zustellungsgeb., fällig b. Vorzeig. der Quittung; Abbestellung ist nur statthaft bei Auflage des Bezugs im Vormonat. — Postbezug monatl. u. vierteljährl. — Einzelnummer bei einem Umfang von 4 Seiten 6 Mk., 6 Seiten 8 Mk. u. 8 Seiten 10 Mk. Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aussperre usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 6,00 Mk., im Reklameteil 27,00 Mk., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger: E. S., Kreis Mitteldeutschland.

Mit der wöchentlichen Beilage „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 259. Freitag den 3. November 1922 49. Jahrg.

Die „Rettung" der Mark.

Eine Rede des Kanzlers vor den Sachverständigen. — Die ausländische Goldanleihe. — Die Festlegung der deutschen Vorschläge.

Am Donnerstag vormittag erschienen die von der Reichsregierung geladenen internationalen Sachverständigen beim Reichskanzler. Es handelt sich um den holländischen Bankpräsidenten Vissering, den schweizerischen Finanzmann Dubois (nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen ehemaligen französischen Vorsitzenden der Reparationskommission), den englischen Bankier Brand, den Amerikaner Jenks, und schließlich um die beiden in Deutschland schon längst bekannten Nationalökonomen Keynes, Hauptschriftleiter des „Manchester Guardian" und Gustav Cassel.

Der Reichskanzler hielt eine Ansprache,

in der er den Herren dankte, daß sie vollzählig der Einladung gefolgt seien, und in der er über die Stabilisierung der Mark sprach. Er stellte fest, daß diese Stabilisierung von der Balancierung des Budgets und der gesamten deutschen Zahlungsbilanz abhänge, daß aber diese beiden Voraussetzungen selbst wieder von irgendeiner Stabilisierung der Mark abhingen; man müsse diesen Kreislauf von Ursache und Wirkung durchhauen und die Mark zunächst provisorisch auf irgend eine Basis festlegen, da ein weiteres Sinken die deutsche Wirtschaft endgültig ruinieren müsse. Dr. Wirth wies in diesem Zusammenhang auf ein der Konferenz von Genua vorgelegtes Gutachten von Sachverständigen hin, die sowohl eine Abbürdung der äußeren Schuldenlast Deutschlands wie eine Hilfe durch äußere Anleihen zur Voraussetzung einer Währungsstabilisierung machten und hinzufügten, daß, wenn eine solche Stabilisierung unterbleibe, notwendigerweise die Märkte der anderen Länder gestört werden müßten. Er ersuchte die Sachverständigen um ein Gutachten, das auf folgende Fragen zu antworten hätte: 1. Ist unter den gegenwärtigen Umständen eine Stabilisierung der Mark möglich? 2. Wenn nein: Welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, um eine Stabilisierung zu ermöglichen? 3. Welche Maßnahmen müssen zur Stabilisierung getroffen werden, sobald die in Punkt 2 gefragten Voraussetzungen vorliegen?

Eine erschöpfende Antwort auf diese drei Fragen muß tatsächlich das Problem an der Wurzel packen. Insbesondere die Antwort auf Punkt 2 wird die Reparation und die Aktivierung der deutschen Zahlungsbilanz, also die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen der Marktstabilisierung berühren; die Antwort auf Punkt 3 würde die praktischen finanziellen Folgen für Deutschland enthalten müssen, während die Antwort auf Punkt 1 notwendigerweise eine Kritik der bisher vorgelegten Programme und ihre Abmessung an der Wirklichkeit enthalten würde.

Insofern wird das Gutachten der doch jedenfalls unvoreingenommenen ausländischen Sachverständigen eine wertvolle Grundlage für die weiteren Verhandlungen mit der Reparationskommission ergeben, bei der die Frage einer Deutschland zu gewährenden ausländischen Goldanleihe eine Rolle zu spielen beginnt. Der Reichsfinanzminister Hermes hat in einer Sitzung mit der Reparationskommission am Mittwoch die Frage dieser Goldanleihe angeschnitten, und es ist wahrscheinlich, daß eine Antwort Barthous heute (Freitag) erfolgt. Ob die Information, die Franzosen hätten den Plan der sofortigen Einführung der Finanzkontrolle gegenüber der Anleihe zurückgestellt, richtig ist, läßt sich nicht entscheiden.

Ohne Zweifel hat sowohl die Rede des Reichskanzlers an die Sachverständigen wie auch die des Reichsfinanzministers an die Reparationskommission dazu beigetragen, vor einem überstürzten und rein fiskalischen Marktstabilisierung, die zunächst dem Rentnergeist des Vorschlages Barthous entsprochen hätte, zu warnen. Der Reichskanzler hielt die Mitte zwischen der wirtschaftspolitischen und der rein finanziellen Auffassung des Markproblems, und sein Gedanke einer vorläufigen Marktstabilisierung verdient festgehalten zu werden. Er kommt den Ausführungen entgegen, die die deutschen Gewerkschaften aller Richtungen in einer Denkschrift dem Reichskanzler überreicht haben. Es ist zu betonen, daß diese Denkschrift von sämtlichen Gewerkschaften aller Richtungen, nicht etwa nur der sozialistischen, unterzeichnet ist. Sie geht vom rein Finanziellen aus und fordert eine Stabilisierung der Mark, zu der die Devisenverordnung nur der erste Schritt gewesen sei. Sie läßt die Frage der Heranziehung der Reichsbankgoldreserve offen, ebenso die einer Schwerversteuer oder einer Solidarhaft der deutschen Erwerbsstände. Die Denkschrift schließt nach einer Kritik der mangelnden Steuereinziehung bei den besitzenden Klassen mit der Forderung einer Auslandsanleihe.

Auch in dieser Denkschrift ist schon ein Kompromiß zwischen der wirtschaftlichen und finanziellen Auffassung des Problems zu bemerken; auf diesem Wege müssen wir weiter kommen, wenn sowohl die Reparationskommission seine Aussichten erkennt als auch die deutsche Arbeiterschaft jene Unruh verliert, die nach dem Wortlaut der Gewerkschaftsdenkschrift ben

berechtigten Ruf nach Produktionssteigerung

verhallen läßt. Dieses Wort „berechtigt" wollen wir uns merken, denn es bedeutet die Möglichkeit eines produktiven Wirtschaftsfriedens.

Der Plan einer ausländischen Goldanleihe.

Berlin, 3. Nov. (Priv.-Telegr.) Das Programm der deutschen Regierung ist in vorbereitenden Beratungen der an dem Reparationsproblem interessierten Ressorts in großen Umrissen bereits festgelegt worden. Eine Beratung, die morgen vormittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers stattfindet, wird den Vorschlägen unter Berücksichtigung der bisherigen Verhandlungen mit der Repko ihre endgültige Form geben.

Nach dem B. T. haben die ausländischen Sachverständigen, soweit ihre Ansichten bisher zur Kenntnis der amtlichen deutschen Stellen gelangt sind, der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß einzig und allein eine

Goldanleihe im Auslande

eine Stützung der deutschen Währung herbeiführen könnte. Wie das Blatt hört, haben sich in den letzten Tagen hierfür ganz bestimmte Aussichten eröffnet. Bisher kann nur soviel gesagt werden, daß die Möglichkeit besteht, durch Vermittlung eines sich über verschiedene Staaten erstreckenden Konsortiums eine solche Anleihe zu erhalten. Reichsfinanzminister Dr. Hermes wird die deutschen Vorschläge der Repko heute nachmittag in Form einer ausführlichen Denkschrift vorlegen. Diese Denkschrift wird neben den positiven Vorschlägen zur Frage der Marktstabilisierung auch eine ausführliche Darstellung der Entwicklung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands enthalten.

Die Fixierung der deutschen Vorschläge

Weiterer Mark- und Fran[illegible]!

Berlin, 3. Nov. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Der Dollar, der heute vor Beginn der Börse mit 5900 genannt wurde, überschritt um 10 Uhr die 6000-Grenze und wurde um 11 Uhr mit 6050 notiert. Der Sturz der Mark hat nach immer dieselben Ursachen wie in den letzten Tagen. Keiner der Devisenbesitzer kann sich zu Abgaben entschließen und die Nachfrage der Industrie nach Devisen fällt natürlich schwer ins Gewicht. Von London wird der neue katastrophale Sturz der Mark gemeldet mit dem Zusatz, daß sich

der französische Franken dem Sturze der Mark angeschlossen hat.

(Es muß hervorgehoben werden, daß dieser Markfinrz erfolgt, ohne daß irgend etwas über die Berliner Verhandlungen entschieden ist, und daß die Börsenleute ihre Käufe und Verkäufe selbstverständlich ohne jede politische Rücksicht vornehmen. Was bedeutet schließlich bei diesem Währungszustande eine Anleihe von einer halben Goldmilliarde! Die Kopflosigkeit auf dem Geldmarkte ist derart, daß eine Änderung der politischen Gesamtrichtung wie deren Beibehaltung gleich pessimistisch beurteilt werden wird.)

Deutschland fordert eine Halbmilliarden-Anleihe.

Berlin, 3. Nov. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der Reparationskommission stehen jetzt vor einem neuen Abschnitt. Die Zeit von gestern abend und heute vormittag wurde zu einer schriftlichen Ausarbeitung der deutschen Vorschläge benützt, die heute nachmittag durch den Reichsfinanzminister Dr. Hermes überreicht werden sollen. Heute vormittag fand noch einmal eine Besprechung der verschiedenen Ressorts über die Beschlüsse statt. Im Mittelpunkt der deutschen Vorschläge soll eine Anleihe zur Stabilisierung der deutschen Mark stehen. Die Repko soll ersucht werden, die Auflegung einer solchen Anleihe mit internationalen Geldern zu erlauben und zu ermöglichen. Der Umfang der Anleihe wird mit 500 Millionen Mark genannt.

den 13. oder 14. des Monats zu verschieben. Der genaue Termin soll durch den Reichstagsdräsidenten festgesetzt werden.

König Konstantin vor Gericht!

Athen, 3. Nov. (WTB.) Der frühere König Konstantin soll ersucht werden, vor dem Untersuchungsausschuß zu erscheinen, widrigenfalls er vom Kriegsgericht in Abwesenheit abgeurteilt werden soll. Der Prozeß gegen den Angeklagten soll im Laufe der nächsten Woche beginnen.

Die Neuwahlen zur griechischen Kammer sind auf den 20. Dezember festgesetzt. Der frühere Ministerpräsident Kalogeropulos ist wieder in Freiheit gesetzt worden.

„Die Revolution neuen Stils".

Die letzten Nachrichten aus Italien sprachen von einer gewissen Beruhigung des Landes. Man hat sich dazu entschlossen, die Börsen wieder zu eröffnen und in Kreisen der Industrie und des Handels sieht man das als gutes Zeichen an. Andererseits werden aber auch immer noch Ausschreitungen gemeldet, bei denen es an manchen Orten Tote und Verwundete gab. Zweifellos ist aber Mussolini, der jetzt die Geschicke des italienischen Volkes leitet, bemüht, Ruhe und Ordnung so schnell wie möglich wiederherzustellen. Der Befehl zur Demobilmachung ist erteilt, der Abtransport der Fasizisten aus Rom hat begonnen und in allen Aufrufen wird immer wieder betont, daß es oberste Pflicht der Fasizisten sei, die Disziplin zu wahren. Die nächsten Tage werden nun zeigen müssen, ob die Geister, die man rief, sich nun ohne weiteres den Anordnungen der fasizistischen Regierung fügen werden, oder ob sich auch hier wieder der alte Satz bewahrheiten wird, daß es leichter ist Bewaffnete aufzubringen, als sie wieder nach Hause zu schicken.

Zunächst zeigt sich jedenfalls Mussolini von „seiner" Revolution befriedigt. Einem Pressevertreter gegenüber erklärte er, indem er darauf hinwies, daß bei dieser Umwälzung die Betriebe nirgend eingestellt wurden, der Verkehr seinen Fortgang nahm, daß dies die „Revolution neuen Stils" sei, und in demselben Sinne spricht ein fasizistischer Aufruf davon, daß die schönste Revolution, die ein Volk vollbringen kann, durchgeführt sei. Die Besitzergreifung der Macht ist allerdings den Fasizisten leicht gemacht worden, sie haben mühelos eine reife Frucht gepflückt, und jetzt erst am Steuer des Staates wird der Fasizismus seine Daseinsberechtigung beweisen müssen, **wird er zu zeigen haben, ob er fähig ist zu regieren.**

Mussolini, der an der Spitze der ganzen Bewegung steht, versteht sich zweifellos auf die Behandlung der Massen, ob er auch Staatsmann ist, muß sich in Kürze zeigen. Er selbst hat mancherlei Wandlungen durchgemacht. Aus einer armen Arbeiterfamilie stammend war er zunächst Mitglied der sozialistischen Partei und mußte einige Jahre im Exil in der Schweiz leben. Nach seiner Rückkehr nach Italien brachte es Mussolini bald zum Chefredakteur des sozialistischen „Avanti" in Mailand und wurde einer der angesehensten Führer des radikalen Sozialismus. Als der Weltkrieg ausbrach, erklärte Mussolini, die Internationale sei erloschen und es sei Pflicht des Sozialismus, sich zum nationalen Gedanken zu bekehren. Er selbst zog jedenfalls diese Konsequenz und entfaltete eine heftige Kriegspropaganda, wobei ihm das inzwischen von ihm gegründete Blatt „Popolo d'Italia" gute Dienste leistete. Im Krieg wurde er schwer verwundet, nach seiner Genesung setzte er seine nationalistische Propaganda mit erneutem Eifer fort. Als dann nach Friedensschluß auch für Italien eine bolschewistische Gefahr entstand, als die Besetzung der Fabriken das Wirtschaftsleben bedrohte, begann Mussolini die ersten Gruppen fasizistischer Kriegsteilnehmer zu gründen. Aus alten Kriegskameraden, Studenten und anderen bürgerlichen Kreisen bildeten sich die ersten Stoßtruppes, die vor allem auch Anschluß an die bereits von d'Annunzio für die Rettung Fiumes zusammengebrachten Legionäre fanden. Man wählte den Namen „fascio" als Bündel, fest zusammenhaltenden Verband, zugleich mit Hinweis auf die Rutenbündel — fasces — die den alten römischen Beamten als Symbol ihrer Macht vorangetragen wurden, wie man denn überhaupt gern die Tradition der alten Römerzeit aufnimmt. Die Bewegung gewann sehr schnell an Ausdehnung, wozu nicht unwesentlich beigetragen haben mag, daß auch mächtige und einflußreiche Finanz- und Handelskreise ihr Unterstützung zuteil werden ließen. Wie stark die Anhängerschaft ist, geht schon daraus hervor, daß man die Zahl der jetzt aufgestellten Bewaffneten auf eine Million schätzt.

Der Sieg ist also errungen und die Arbeit als Regierungspartei beginnt. So läßt sich heute auch noch nicht mit Bestimmtheit sagen, wie sich dieser Umschwung in Italien auswirken wird. Die neuen Herren haben betont, daß sie die **Staatsfinanzen in Ordnung bringen** wollen, ohne jedoch bisher ihr Rezept hierfür zu verraten. Die Ausschreibung neuer Steuern dürfte dem Fasizismus nicht gerade neue Anhänger zuführen. Daneben taucht das große Problem auf, was nun aus der fasizistischen Miliz werden soll. Das Bedenkliche solcher Truppen wird den neuen Herrschern sehr bald klar werden. Mussolini soll beabsichtigen, die fasizistischen Organisationen in Turnvereine umzuwandeln nach dem Vorbild der polnischen Sokolvereine. Aber der „Corrierre bella Sera" meint mit Recht, daß dadurch ihre politischen Interessen und ihre politische Aktionsmöglichkeit bei späteren Krisen nicht geändert werde. Mehr noch als auf die Gestaltung der inneren Politik ist man auf den **Kurs in der äußeren Politik** gespannt, zumal Lausanne und Brüssel vor der Tür stehen. Man darf dabei daran erinnern, daß Mussolini seinerzeit den Einmarsch Italiens in Österreich wollte, auch wenn das zum Konflikt mit Jugoslawien führen sollte, wie man sich denn überhaupt klar darüber sein muß, daß ein nationales Programm, wie es die Fasizisten haben, sehr leicht mit anderen Nationalisten kollidiert. Vielfach rechnet man denn ja auch heute schon auf einen bewaffneten Konflikt mit Jugoslawien. Aber all das bleibt vorläufig höchst ungewiß. Es ist schon dafür gesorgt, daß auch die fasizistischen Bäume nicht in den Himmel wachsen. Erst kurz vor dem Sturz der alten Regierung hat der Finanzminister auf die schlechte finanzielle Lage Italiens hingewiesen und von der zunehmenden Entwertung der italienischen Valuta gesprochen. Dazu kommt, daß die eigene Ernte schlecht gewesen ist, so daß man, da die Übersee-Einkäufe unerschwinglich sind, wieder zur Einführung des Kriegsbrots übergegangen ist. Das sind gewiß keine Verhältnisse, die einen Krieg besonders verlockend erscheinen lassen. So werden auch die neuen Herren wohl oder übel Wasser in ihren Wein gießen müssen. Ob solche Verwässerung des Programms von den Anhängern im Lande ruhig hingenommen wird, muß die Zeit lehren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319221103-15/fragment/page=0007